metrobasel
report 2022

«Soziale Kohäsion»

Zusammenhalt in der Gesellschaft – Wirtschaft – Region

© ruwed kommunikation ag

Bilaterale Zusammenarbeit CH-EU ▶ Horizon Europe ▶ Liefer- und Energiengpässe ▶ Sorgenbarometer ▶ Soziale Kohäsion: Basel Economic Forum / metrobasel Wirtschaftsforen

Zukunft gestalten

burckhardtpartner

Burckhardt+Partner AG
Architekten Generalplaner
Basel Bern Genf Lausanne Zürich
Berlin Grenzach Stuttgart

www.burckhardtpartner.com

EuroAirport®
BASEL MULHOUSE FREIBURG

www.euroairport.com

à bientôt. bis bald.

Inhalt

4 **Grusswort;** Bundespräsident Ignazio Cassis

5 **Grusswort;** Ministerpräsident Winfried Kretschmann

6 **Vorworte;** Regierungspräsident Beat Jans und Regierungspräsidentin Kathrin Schweizer

7 **Vorworte;** EU Botschafter Petros Mavromichalis und Oberbürgermeister Jörg Lutz

8 **BEF Basel Economic Forum 2022 zu «Soziale Kohäsion»**

13 **Soziale Kohäsion ist unser wertvollstes Gut;** Beat Jans

14 **Sorgenbarometer Schweiz;** Cloé Jans

16 **Energiemangel – breite soziale Kohäsion;** Mike Keller

17 **Wirtschaftsforum Binningen 2022 zu «Soziale Kohäsion»**

18 **metrobasel Sommeranlass 2021 zu «Bilaterale Zusammenarbeit CH – EU wie weiter?»**

19 **Nachbarschaftliche Beziehungen im Dreiländereck;** Andreas Schwab

20 **metrobasel Sommeranlass 2022 zu «Strategie Schweiz: Alleingang oder Partnerschaft mit Verbündeten?»**

22 **Konkurrenzfähiger Wissenschaftsplatz;** Prof. Dr. Dr. Andrea Schenker-Wicki

23 **Life-Science-Standort Basel;** Dr. Matthias Leuenberger

24 **Stabile Beziehungen zur EU;** Monika Rühl

26 **Der europäische Energiebinnenmarkt;** Eric Nussbaumer

28 **Soziale Kohäsion – wer zahlt wie viel für die Klimakrise;** Jule Pehnt

29 **Die Zukunft der Stadt;** Lukas Ott

30 **Wirtschaftsforum Lörrach 2022 zu «Soziale Kohäsion – was hält unsere Region im Kern zusammen?»**

31 **Werden Sie Mitglied von metrobasel / Parter, Vorstand und Beirat von metrobasel**

Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt
Kantons- und Stadtentwicklung

Impressum

Der metrobasel report 2022 erscheint als Beilage in der bz – Zeitung für die Region Basel (Grossauflage). Er wird in der Metropolitanregion Basel (inkl. Fricktal, Lörrach und Elsass) verteilt

Druck:
Auflage: ca. 200'000 Exemplare
Druck: Vogt-Schild Druck AG

Redaktion, Realisation
ruweba kommunikation ag, Riehen
Layout: Beatriz Balboa

Geschäftsstelle metrobasel
Aeschenvorstadt 4,
Postfach, 4010 Basel
Tel. + 41 (0) 61 272 11 44
info@metrobasel.org

Europa geht uns alle an

Ignazio Cassis
Bundespräsident

Es herrscht wieder Krieg in Europa. Russlands militärische Aggression gegen die Ukraine hat eine Ära relativer Stabilität auf dem Kontinent abrupt beendet. Es handelt sich um einen Angriffskrieg, der das Völkerrecht mit den Füssen tritt und enorm viel Leid und Zerstörung verursacht. Uns allen wurde einmal mehr vor Augen geführt: Freiheit und Wohlstand sind nicht selbstverständlich, sondern müssen immer wieder erarbeitet und verteidigt werden.

Der Bundesrat hat Russlands Vorgehen unmissverständlich und wiederholt verurteilt. Die Schweiz hat sich auf der Seite des Völkerrechts positioniert, EU-Sanktionen mitgetragen und die ukrainische Bevölkerung solidarisch unterstützt. An der Lugano-Konferenz wurden im Juli 2022 die Grundlagen für den Wiederaufbau der Ukraine vereinbart. Die Staaten setzten damit für die Menschen in der Ukraine ein unmissverständliches Zeichen: Wir vergessen Euch nicht! In diesem Geiste hat der Bundesrat jüngst ein weiteres Hilfspaket verabschiedet, das dazu beitragen soll, die Folgen des Wintereinbruchs zu mildern.

Vieles ist in Europa durch den Krieg in Bewegung geraten: Schweden und Finnland stehen vor dem Beitritt zur NATO. Deutschland hat eine sicherheitspolitische «Zeitenwende» ausgerufen, auch für seine Bundeswehr. Die EU hat mit ihrer entschlossenen Reaktion auf Russlands Krieg an geopolitischem Profil gewonnen und die Ukraine und Moldawien zu Beitrittskandidaten erklärt. Sie sieht sich zugleich mit internen Fliehkräften konfrontiert, die sich je nach Krisenentwicklung noch verstärken könnten. Energiekrise, Inflation, Schulden – die Herausforderungen sind gross.

Mit der Europäischen Politischen Gemeinschaft ist auf französische Initiative eine neue Plattform für politischen Dialog geschaffen worden. Ein Dialog auf höchster Ebene. Über 40 Staaten haben am ersten Gipfel im Oktober teilgenommen, darunter die Schweiz. Ihr Profil ist noch zu präzisieren, doch könnte diese Gemeinschaft in den Diskussionen über die künftige Gestaltung Europas eine wichtige Rolle spielen. Noch wissen wir nicht, wie weit der Kontinent enger zusammenwächst, und dies über die EU hinaus. Aber neue Dynamiken sind erkennbar.

In Europa passiert also gerade sehr viel. Aber auch die Welt darum herum verändert sich: Die Geopolitik prägt immer mehr die internationalen Beziehungen. Die Globalisierung verliert an Kraft, heute stehen die Zeichen auf Regionalisierung. Die Resilienz von Lieferketten gewinnt gegenüber deren Effizienz an Bedeutung. Die Welt wird aber nicht nur weniger global, sondern auch weniger westlich geprägt und weniger demokratisch. Sie wird fragmentierter, instabiler und gefährlicher. Und sie ist unübersichtlich und volatil.

Sowohl die globale Vertrauenskrise wie auch der Ukraine-Krieg zeigen: wir brauchen ein sicheres und prosperierendes Europa. In einer fragmentierten Welt wird das regionale Umfeld für die Schweiz noch wichtiger. Die Geografie ist zurück. Unsere eigenständige, der dauernden Neutralität verpflichtete Aussenpolitik soll zwar weiterhin global ausgerichtet sein. Unsere Wirtschaft braucht einen diversifizierten Zugang zu Märkten weltweit. Aber unser Wohlstand und unsere Sicherheit gründen hauptsächlich in Europa. Die europäischen Staaten und die EU sind unsere wichtigsten Partner, wenn es um die Förderung unserer Interessen und Werte geht. Dazu gehört etwa ein Einstehen für Freiheit, Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte. Aber auch ein Einstehen für offene Märkte und für die Erarbeitung multilateraler Lösungen für globale Herausforderungen wie den Klimawandel und Pandemien.

Die Schweiz ist in jeder Hinsicht ein europäisches Land. Als Nichtmitglied der EU sind wir ebenso davon betroffen, wie sich unser Kontinent in dieser rauen Welt behaupten kann, wie alle anderen Staaten. Als innovatives, wirtschaftlich starkes und politisch stabiles Land kann die Schweiz wesentliche Beiträge an ein sicheres und prosperierendes Europa leisten. Wir sind ein glaubwürdiger Partner, und wir wollen uns hier in den kommenden Jahren noch mehr einbringen.

Dazu gehört auch, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu stabilisieren und entwicklungsfähig zu gestalten. Es gibt zu viele Bruchstellen um uns herum, als dass es sich die EU und die Schweiz leisten können, ihre Beziehungen nicht zu konsolidieren. Sie bergen so viel Potenzial! Gefragt sind Kompromisse auf beiden Seiten. Die Schweiz arbeitet unermüdlich daran, ihren Teil beizutragen.

Eidgenössisches Departement für auswertige Angelegenheiten (EDA)

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Für das Land Baden-Württemberg ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Schweiz von ganz besonderer Bedeutung. Das gilt in diesen schwierigen Zeiten der Krisen und großen Umbrüche mehr denn je. Die Corona-Pandemie und der Krieg mitten in Europa haben uns nochmal in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie wichtig es ist, in Europa über Grenzen hinweg zu kooperieren, gemeinsame Abkommen auf den Weg zu bringen, in guter Nachbarschaft verbunden zu sein.

Eine wichtige Grundlage für unsere guten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und gleichermaßen der Schlüssel zu einer europäischen Zusammenarbeit sind die bilateralen Verträge und Abkommen zwischen der EU und der Schweiz. Diese werden zwar in Brüssel und Bern verhandelt – aber sie wirken sich hier bei uns in Baden-Württemberg sehr konkret und spürbar aus. Das Scheitern des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz im vergangenen Jahr treibt uns daher sehr um, weil unsere bisherigen Errungenschaften nun in Gefahr sind. Im Medizinsektor sind die negativen Auswirkungen bereits jetzt schon spürbar: Doppelte Zertifizierungen verursachen nicht nur Mehrkosten, sondern auch einen bürokratischen Mehraufwand für die Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze.

Besondere Sorge bereitet uns, dass dadurch auch die Zusammenarbeit im Bereich der Exzellenzforschung erschwert wird, da die Schweiz bis auf weiteres nicht mehr so weitreichend wie bisher beim EU-Forschungsprogramm „Horizon Europe“ assoziiert ist. Was wir aus meiner Sicht brauchen, sind fruchtbare Dialoge, Kompromisse auf beiden Seiten und einen unverstellten Blick in die Zukunft. Dafür setzt sich das Land Baden-Württemberg mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und aus voller Überzeugung ein.

Das künftige Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der Schweiz muss unbedingt rechtssicher, verlässlich und offen für neue Kooperationsfelder ausgestaltet werden. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat daher an den Schweizer Bundesrat und die Europäische Kommission appelliert, möglichst schnell tragfähige Antworten auf die Fragen einer zukünftigen Zusammenarbeit zu finden. Wir verstehen uns dabei als Brückenbauer und versuchen, auf beiden Seiten für gegenseitiges Verständnis zu werben. Ein wichtiges Anliegen dabei ist, dass die Schweiz auch künftig am EU-Forschungsprogramm „Horizon Europe“ teilnehmen kann. Wir sind überzeugt davon, dass sich mit dem entsprechenden politischen Willen auf beiden Seiten die offenen institutionellen Fragen beantworten lassen.

Wir leben in unruhigen Zeiten. Überall fordern Populisten und Extremisten unsere Demokratien heraus. Daher ist es wichtiger denn je, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern im Alltag immer wieder beweisen, dass unser Staats- und Verwaltungssystem Garant für Freiheit und Demokratie ist. Auch in diesem Sinne leisten grenzüberschreitende Initiativen einen sehr wichtigen Beitrag, indem sie beispielsweise die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessern, also ganz praktisch wirken.

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Nur ein geeintes, nur ein handlungsfähiges Europa kann in der Welt von heute wirksam für seine Grundwerte eintreten. Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand können nur gemeinschaftlich gewährleistet werden. Die Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz sind ein hervorragendes Beispiel dafür, dass es gelingen kann, eine gemeinsame Basis für Wertmaßstäbe und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen.

Die Schweiz und Baden-Württemberg sind zu guten Nachbarn mit einem sehr engen Austausch und starken Verflechtungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geworden. Und es gibt vieles, das uns verbindet: Wir sind Länder der Tüftlerinnen und Tüftler, der Forscherinnen und Forscher, der Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir sind Hightechstandorte mit einem starken Mittelstand, die von dieser engen Zusammenarbeit und dem grenzüberschreitenden Austausch profitieren. Gemeinsam müssen die Schweiz und Baden-Württemberg alles dafür tun, dass dies auch in Zukunft so bleibt!

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir gehören zu Europa!

Regierungspräsident Beat Jans
Kanton Basel-Stadt

Das Spalentor ist der prunkvollste Eingang in die Stadt. Es ist gegen das Elsass und Südbaden ausgerichtet. Warum? Weil Frankreich und Deutschland im 14. Jahrhundert die wichtigsten Handelspartner Basels waren. Schon damals gab es de facto einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Nicht so ausgebaut, verzahnt und verwoben, wie er sich heute präsentiert, aber für das Gedeihen unserer Stadt bereits entscheidend.

Lange vor den Rheinhäfen, dem Novartis-Campus und den Roche-Türmen hat dieses Stadteingangstor die Internationalität, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, das symbiotische Dreiland symbolisiert. Leider wurde seine Bedeutung, wie eben auch die Wichtigkeit unserer Region als Ganzes, von der nationalen Politik übersehen.

Die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU wurden vom Bundesrat abgebrochen, weil er die Stärke der referendumsfähigen Kräfte fürchtete und die Beziehung mit Brüssel nicht als Partnerschaft begriff. Das widerspricht unserer täglichen Erfahrung im Dreiland diametral. Die Folgen davon bekommen wir in Basel bereits zu spüren: Die Beziehungen zur EU zerfallen schleichend, aber stetig. Die Schweiz bleibt vom Forschungsprogramm Horizon ausgeschlossen, ein Abkommen zum Strommarkt – angesichts der sich abzeichnenden Energie-Mangellage – fehlt schmerzlich und die technischen Handelshemnisse trüben die Aussichten der in unserer Region starken Medizinalbranche.

30 Prozent aller Ausfuhren der Schweiz stammen aus Basel-Stadt. 70 000 Pendlerinnen und Pendler aus dem Elsass und Südbaden halten unseren Standort im trinationalen Metropolitanraum Basel funktionstüchtig. Die ganze Schweiz profitiert von der grossen Wertschöpfung, die am Oberrhein generiert wird. Wie der Bundesrat und die EU-Kommission nicht sehen konnten, dass ihre Entscheide den wichtigsten europäischen Life-Science Cluster Europas mittel-, bis langfristig erheblich schwächen, ist nicht nachvollziehbar.

Allein, mit Klagen kommen wir nicht weiter. Zum Glück sind wir gut vernetzt und verfügen im Dreiland über viele grenzübergreifende Gremien, welche alle an einem Strick ziehen. Es stimmt mich zuversichtlich zu erleben, wie beherzt zum Beispiel Baden-Württemberg als Fürsprecher für die Schweiz bei der EU auftritt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der Basel-Stadt im April besuchte, plädierte überzeugend dafür, dass angesichts der sich verändernden Welt auch in Brüssel eine andere Offenheit gegenüber der Schweiz einkehren sollte.

Aber auch wir in Basel müssen und werden weiter Überzeugungsarbeit in Bern leisten.

Wir bleiben dran, denn wir gehören zu Europa.

Regierungspräsidentin Kathrin Schweizer
Kanton Basel-Landschaft

Alle überqueren, alles überschreitet in unserer Region die Grenzen. Die Grenzgängerin, der Konsument, der Pferdehalter, die Schrebergärtnerin, der Theaterbesucher. Auch das frische Marktgemüse aus dem Badischen, das weiterhin zollfrei auf die Teller unserer Restaurants gelangt. Und seitdem die Pandemie einigermassen im Griff ist, lebt unsere Region wieder ihren üblichen grenzüberschreitenden Alltag. Für immer? Wir müssen unseren (wieder-) gewonnen Freiheiten Sorge tragen. Denn ich erinnere mich noch gut an 2020, als die Grenzen geschlossen waren, Beziehungen und Familien auseinandergerissen wurden, auf der Schweizer Seite das Militär die grüne Grenze sicherte. So etwas sollte sich nicht mehr wiederholen! Wir vermeiden erneute Grenzschliessungen vor allem durch stabile und verlässliche Beziehungen mit unseren Nachbarländern Deutschland und Frankreich und mit der Europäischen Union als Ganzes. Der Stillstand bei den bilateralen Regelungen zwischen der Schweiz und der EU wirkt sich täglich in einem unguten Sinn aus. Abkommen erodieren, Forschung und Innovation können sich nicht wie gewünscht entwickeln. Es bleibt dringend zu wünschen, dass der Bundesrat zu Beginn des Jahres 2023 wieder Verhandlungen mit der Europäischen Kommission aufnimmt. Und dass die für unseren Innovationsstandort so zentrale Assoziierung an Horizon Europe bald wiederhergestellt ist. Die Sicherung des bilateralen Wegs und des Zugangs zum europäischen Binnenmarkt sichert unsere Wirtschaft, unseren Standort, unsere Arbeitsplätze und unsere Wohlfahrt. Nur so können wir auf Augenhöhe mit unseren europäischen Nachbarn die Region gemeinsam voranbringen. In der Oberrheinkonferenz und im Trinationalen Eurodistrict Basel kommt dieser Wunsch bei jedem Treffen klar zum Ausdruck. Das Förderprogramm Interreg Oberrhein der EU steht zum Glück bis 2027 auch in der neuen Förderperiode den Schweizer Projektpartnern offen. Nutzen wir es mit vielen neuen kreativen Projektideen! Die Region Basel steht bereit – hoffen wir, dass auch Bern und Brüssel aufeinander zugehen.

Botschafter Petros Mavromichalis
Leiter der Delegation der Europäischen Union in der Schweiz

Wie schon 2022 steht Europa auch im Jahr 2023 vor grossen Herausforderungen. Diese reichen vom Krieg in der Ukraine über Klimawandel und nachhaltige Entwicklung, Energiekrise, Verteidigung unserer Kaufkraft und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, digitale Zukunft bis hin zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa und der Welt.

Die Europäische Union ist dazu berufen, in diesen Fragen innerhalb der internationalen Gemeinschaft an vorderster Front zu stehen. Im Jahr 2023 will sie diese Rolle weiterhin wahrnehmen, gemeinsam mit ihren zahlreichen Partnern auf der ganzen Welt, darunter natürlich auch die Schweiz.

Auf der internationalen Bühne und namentlich in den Organen der Vereinten Nationen, arbeiten die Europäische Union und die Schweiz auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Interessen eng zusammen. Diese Zusammenarbeit, die viele weitere gleichgesinnte Staaten einschließt, hat im aktuellen Kontext der russischen Aggression gegen die Ukraine ihren Wert unter Beweis gestellt: Wir haben zusammen mit der überwältigenden Mehrheit der Staaten der Welt unser Bekenntnis und Einsatz für die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte bekräftigt.

Die schrecklichen Ereignisse in Europa, deren wir am Ende des Jahres 2022 Zeugen sind, erinnern uns daran, dass wir wachsam bleiben und bereit sein müssen, unsere Reihen zu schließen, um unsere Errungenschaften und Werte zu verteidigen.

In diesem Sinne ist auf regionaler Ebene die Dreiländer-Agglomeration Basel ein perfektes Beispiel für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Unter voller Wahrung der jeweiligen Zuständigkeiten und Vorrechte werden hier gemeinsam Maßnahmen für eine bessere Zukunft für alle umgesetzt. Der Wohlstand und die Dynamik Ihrer Region zeugen von der Richtigkeit dieser Politik der Offenheit und der Kooperation.

Die gleichen guten Absichten kennzeichnen die bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz. Die Sondierungsgespräche, die aktuell zwischen der Schweiz und der Europäischen Union geführt werden, finden in einem positiven und konstruktiven Klima statt, mit dem aufrichtigen Willen beider Seiten, Lösungen für die verbleibenden Differenzen in unserer Beziehung zu finden.

Angesichts der weitaus größeren Herausforderungen, vor denen wir stehen, hoffe ich aufrichtig, dass diese Gespräche und die anschließenden Verhandlungen bald zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, damit die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Schweiz neuen Schwung erhält.

Oberbürgermeister Jörg Lutz
Stadt Lörrach

Am 11. November 2022 wurde in der Stadtkirche in Lörrach die trinationale Ausstellungsreihe „Der Rhein“ des Netzwerks Museen eröffnet. 38 Ausstellungen von deutschen, französischen und Schweizer Museen entlang des Rheins von Laufenburg über Strasbourg bis nach Bingen beleuchten die unterschiedlichsten Facetten dieser wichtigen europäischen Lebensader.

Auf weiten Strecken ist der Rhein Grenzfluss - Grenzfluss zwischen der Schweiz und Deutschland, zwischen Deutschland und Frankreich. „Grenzen und Kriege um den Fluss trennten Menschen, meist aber verband der Rhein die Bevölkerung auf beiden Seiten seines Ufers“, heißt es in der Beschreibung zur zweisprachigen Ausstellung im Lörracher Dreiländermuseum, die einen Überblick zum Oberrhein und seiner Geschichte gibt. „Gemälde und Literatur erinnern an die Rheinromantik, Grafiken und Karten zeigen den Fluss, seine Nutzung und die gewaltigen Veränderungen durch Begradigung und Kanalisierung, naturkundliche Exponate beleuchten Erdgeschichte und Ökologie, Dokumente erinnern an historische Krisensituationen.“ Und davon gab es einige.

Doch es gibt auch Brücken. Schon die Römer haben in Augst und in Breisach Brücken über den Rhein gebaut. Die Mittlere Brücke in Basel stammt aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Sie liegt bei Rheinkilometer 166,6 und war bis zur Eröffnung der Wettsteinbrücke im Jahr 1879 der einzige Basler Rheinübergang.

Brücken werden am Reißbrett entworfen, doch gebaut werden müssen sie vor Ort. Eine Brücke zu schlagen, heißt auch im übertragenen Sinn: aufeinander zugehen, sich entgegenkommen, sich in der Mitte treffen. Die trinationale Ausstellungsreihe ist ein wunderbares Beispiel für ein konkretes Projekt, das grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor Ort erlebbar macht.

Ich lade Sie ein, mit dem trinationalen Museums-PASS-Musées eine Auswahl der Rhein-Ausstellungen zu besuchen und auch in Ihrem persönlichen Alltag den Fokus darauf zu legen, das Verbindende zu entdecken, Brücken zu bauen und in der Zusammenarbeit an konkreten Projekten wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

Brücken können nur vor Ort gebaut werden

Basel Economic Forum 2022 zu «Soziale Kohäsion»

Am diesjährigen BEF referierten und diskutierten hochkarätige Referenten und Podiumsteilnehmende zu: „Soziale Kohäsion – Was hält unsere Gesellschaft im Kern zusammen?“. Der Zusammenhalt innerhalb Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ist ein wertvolles Gut, das immer wieder verteidigt, erneuert und angepasst werden muss.

metrobasel

Bereits in ihren Vorworten für die Einladung zum Basel Economic Forum 2022 im April schrieben die beiden Regierungspräsidenten Beat Jans aus Basel-Stadt und Thomas Weber aus Basel-Landschaft, wie enorm wichtig das Thema ‚Soziale Kohäsion‘ in Krisenzeiten sei. Regula Ruetz, Direktorin metrobasel, zeigte in ihrer Eröffnungsrede

Regula Ruetz

auf, warum das Thema sowohl in Krisenzeiten als auch generell für unsere Gesellschaft und Wirtschaft von grosser Bedeutung ist: Das „Wir-Gefühl“ in einer Krise sähe man eindrücklich beim schrecklichen Krieg in der Ukraine. Nur dank dem Zusammenhalt in der Bevölkerung und der gemeinsamen, engagierten Verteidigung hätten die Russen bis heute nicht die von ihnen anvisierten Erfolge verbuchen können. Bei Krisen schliesse man sich zusammen, um einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen oder um ein grosses negatives Ereignis zu bewältigen – wie beispielswiese die Corona Pandemie. Dieser Zusammenhalt sei aber nicht nur in Ausnahmesituationen zwingend notwendig. Wir hätten unterschiedliche schleichende Herausforderungen zu meistern, wo es soziale Kohäsion in der Gesellschaft brauche, wie beispielsweise bei der demografischen Entwicklung der Bevölkerung und ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf Volksabstimmungen sowie auf unser Sozialversicherungssystem wie AHV und Pensionskassen. Für eine prosperierende Wirtschaft sei der innere Zusammenhalt der Gesellschaft, welche auf ein stabiles Umfeld angewiesen sei, unabdingbar. Deshalb freue sie sich auf die sechs Inputreferate, die das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten und die anschliessende Podiumsdiskussion.

Gemeinsam stärken, was uns zusammenhält

Regierungspräsident Basel- Stadt, Beat Jans, plädierte in seinem Grusswort und seinen Ausführungen für „Gemeinsam stärken was uns zusammenhält“. Für ihn stünde fest, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in verlässlichen sozialen Beziehungen zeige, in der Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und in der Orientierung auf das Gemeinwohl. Dieses entstehe nicht von allein, sondern brauche unser aller Zutun, Tag für Tag. Als jüngstes Beispiel nannte Jans die Reise der nordwestschweizerischen Regierung nach Brüssel, mit dem Ziel, die Irritationen zwischen EU und der Schweiz besser verstehen zu können. Er habe von dieser Reise drei Erkenntnisse auch bezüglich des grenzüberschreitenden Zusammenhalts mitgenommen: Information, Wertschätzung und die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten. Dies alles sei und wird auch in

Regierungspräsident Beat Jans

Zukunft in der Kommunikation zwischen der Schweiz und der EU wichtig sein.

Das Sorgenbarometer Schweiz: Was bewegt die Gesellschaft?

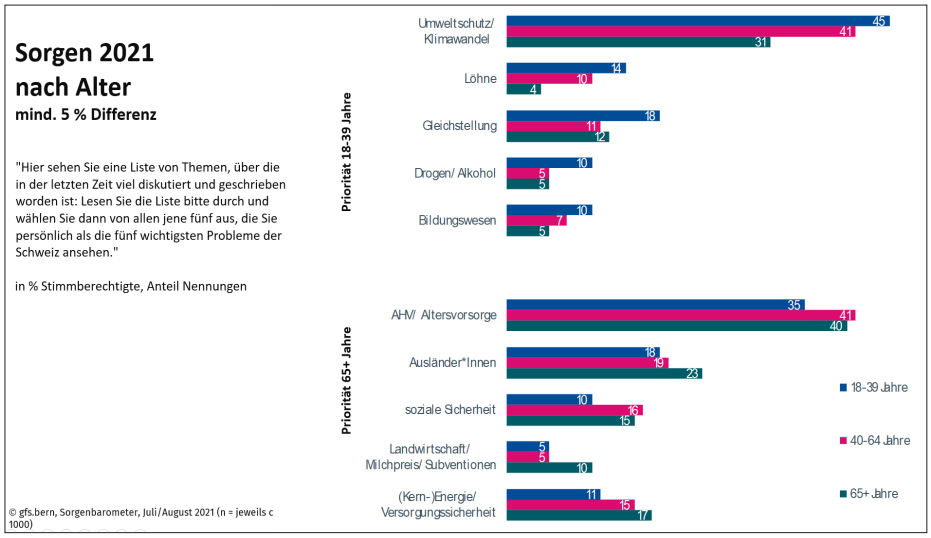
Cloé Jans vom Forschungsinstitut GFS ging auf das Sorgenbarometer Schweiz von 2021 ein und zeigte mit einer kurzen Auslegeordnung auf, was die Gesellschaft am meisten bewegt. Zuoberst stand die Pandemie und ihre Folgen, dann der Klimawandel bzw. der Umweltschutz und fast gleichrangig beschäftigte die Menschen die Altersvorsorge.

Die Sorgen der Menschen unterscheiden sich teilweise stark nach Alter der Befragten und nach ihrem Wohnumfeld Stadt oder Land. Beim Problembewusstsein der Menschen erkenne man seit 2015 einen Trend hin zum Umweltschutz und Klimawandel.

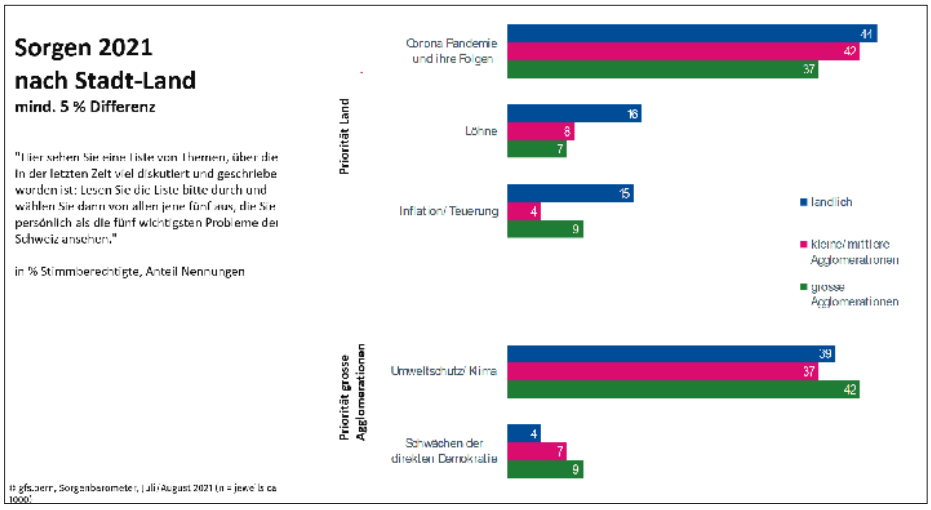
Beim Thema Gleichstellung zeige sich, wie sich ein Meinungsbild durch verschiedene Faktoren verändere, zum Beispiel dem politischen und gesellschaftlichen Klima sowie Ereignissen, Kampagnen oder der öffentlichen Diskussion. 2021 kam daher bei den 18 bis 39-jährigen Menschen die Sorgen um die Gleichstellung bereits an dritter Stelle.

gfs.bern, Sorgenbarometer 2021

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen, Umweltschutz und Klimawandel und die Altersvorsorge sind in den Augen der Schweizer Stimmbevölkerung zurzeit die grössten Herausforderungen des Landes. Gab es in den vergangenen Jahren jeweils ein Thema, das klar mehr Stimmen als die anderen auf sich vereint hat, ist das aktuell nicht mehr der Fall. Der Anteil Personen, welche entweder Klima, Corona oder die AHV zu den fünf grössten Problemen zählen, ist bis auf einen Prozentpunkt genau gleich gross.
Themen des sozialen Zusammenhalts nicht unter den Top 10



Der Stadt-Land-Graben, der Generationenkonflikt oder Differenzen zwischen Sprachregionen werden zuweilen politisch und medial stark diskutiert. Dabei wird ersichtlich: Es gibt durchaus unterschiedliche Prioritäten zwischen Stadt und Land, zwischen Älteren und Jüngeren oder auch zwischen Romands und Deutschschweizer/innen.
Jüngere Leute sorgen sich stärker als alle anderen Generationen um weltweite Trendthemen wie Umwelt und Gleichberechtigung. In dieser Generation beschäftigen aber auch die Lohnfrage, das Bildungswesen und das Thema Drogen und Alkohol. Bei den älteren Kohorten ist es dagegen die Altersvorsorge und die soziale Sicherheit, man sorgt sich mehr als Jüngere um das Thema Ausländer/innen oder die Landwirtschaft.



Auf dem Land sorgt man sich demnach mehr als in der Stadt um die Folgen der Corona-Pandemie. Auch die Lohnfrage und die Teuerung beschäftigt stärker als in den grossen Agglomerationen. Dort empfindet man dagegen den Klimawandel als grösseres Problem und man sorgt sich um die Schwächen der direkten Demokratie. Auf dem Land setzt man die Prioritäten somit stärker auf wirtschaftliche Fragen, während in der Stadt postmaterielle Themen und Werthaltungen stärker beschäftigen. Interessant ist zudem, dass Stadt und Land mitnichten immer am weitesten auseinander liegen in ihrer Problemwahrnehmung. In Sachen Umweltschutz etwa sind sich progressive Städter und vom Klimawandel im Alltag stark betroffene Bauern auf dem Land näher als die Leute in den mittleren Agglomerationen.

«nachgefragt» Patrick Marcolli und Cloé Jans

Im Format „nachgefragt“ ging **Patrick Marcolli** jeweils mit vertiefenden Fragen auf die Inputs der sechs Referenten und ihren verschiedenen Perspektiven ein. Insbesondere interessierte ihn, was „soziale Kohäsion in der Gesellschaft“ bedeute.

Kipppunkte stoppen: Wer muss wie viel für die Klimakrise zahlen?

Jule Pehnt

Die 17-jährige Klimagerechtigkeitsaktivistin **Jule Pehnt**, von der Friday for Future-Bewegung in Deutschland, adressierte deutliche Worte zum Zusammenhalt in der Gesellschaft: Die Zeit zum Handeln sei jetzt! Es brauche endlich ein Umdenken! Die Klimakrise mache den gesellschaftlichen Zusammenhalt insbesondere zwischen den Jungen und älteren Generationen immer schwieriger: „Schauen wir uns die Auswirkungen der Klimakrise an, sehen wir die Zerstörung, die Ungerechtigkeiten und dazu eine globale Gesellschaft, die sich immer mehr auseinanderreisst. Klimaschutz ist schon lange nicht mehr nur eine reine naturwissenschaftliche Antwort, es ist unsere einzige Möglichkeit, globale Gerechtigkeit und Frieden langfristig zu sichern.“

Diversität und Kohäsion - wichtige Pfeiler für Unternehmenserfolge

Marco Gadola, Verwaltungsrat und Unternehmer, beleuchtete das Thema aus seiner langjährigen Unternehmersicht. Für ihn sei die neue Kohärenzwährung im unternehmerischen Umfeld die psychologische Sicherheit mit ihren Treibern Empathie, Einfühlvermögen aber auch Verletzbarkeit. Management und Führung in Unternehmen würden sich künftig neben einer volatilen, unsicheren und komplexen Welt auch mit der Generation Y,Z und ihren Erwartungen an Arbeitsmethoden und Unternehmenskulturen auseinandersetzen müssen. Die Art und Weise, wie in einer Organisation Entscheidungen getroffen und umgesetzt würden, sei in Zukunft auch für den Unternehmenserfolg entscheidend.

Welche Faktoren seien für ihn für den Zusammenhalt in der Gesellschaft massgebend, wollte **Patrick Marcolli** im „nachgefragt“ wissen. Für Marco Gadola sind dies ein gemeinsames Streben nach Wohlstand, Sicherheit und Freiheit.

«nachgefragt» Patrick Marcolli und Marco Gadola

Zusammenfassung von Marco Gadola:

1. Die Zeiten, in denen mit ‚Transaktionalem Führungsstil’ Unternehmen erfolgreich geführt werden konnten, sind vorbei.
2. Empathie, Einfühlungsvermögen und Verletzbarkeit sind Merkmale ‚Transformationaler Führung’ und die wesentlichen Treiber.
3. Psychologische Sicherheit ist die ‚neue Kohärenzwährung’ – sie erlaubt Menschen in Unternehmen sich aus der Komfort-Zone zu bewegen, sich zu entfalten – Stichwort Diversität – und aktiv zum Unternehmenserfolg beizutragen.
4. Der Zusammenhang zwischen ‚Transformationaler Führung’, Psychologischer Sicherheit, Führungseffektivität und Unternehmenserfolg sind empirisch nachgewiesen.

Matin Neff

Soziale Kohäsion aus Sicht eines Chefökonomen einer Bank

„Die Geldpolitik der letzten Jahre schaffe Ungleichgewichte, die den sozialen Zusammenhalt strapazieren“ so begann **Martin Neff**, Chefökonom Raiffeisen Schweiz, seine Ausführungen. Eine prosperierende Wirtschaft lebe vom Wettbewerb und dies passe eigentlich nur schwer zur sozialen Kohäsion in der Gesellschaft

«nachgefragt» Marco Gadola und Matin Neff

und Wirtschaft. Die sozialen und empathischen Aspekte einer Unternehmenskultur gewinnen jedoch seit der Pandemie und der damit verbundenen Verunsicherung an Bedeutung. Damit nahm er die sich verändernde Unternehmersicht von Marco Gadolla auf. Den Firmen würde einiges an Flexibilität in Krisenzeiten abverlangt, neben Themen wie der Digitalisierung seien aber auch Formen der Zusammenarbeit und Kundeninteraktionen in den Vordergrund gerückt. Das Vertrauen in die Zukunft sei in den letzten beiden Jahren kontinuierlich gesunken Doch nun blickt die Schweizer Wirtschaft wieder verhalten optimistisch nach vorne. Dies liesse auf eine gewisse Grundstabilität im sozialen Zusammenhalt schliessen.

Konflikt und Kohäsion -Bedingungen des Zusammenhaltes

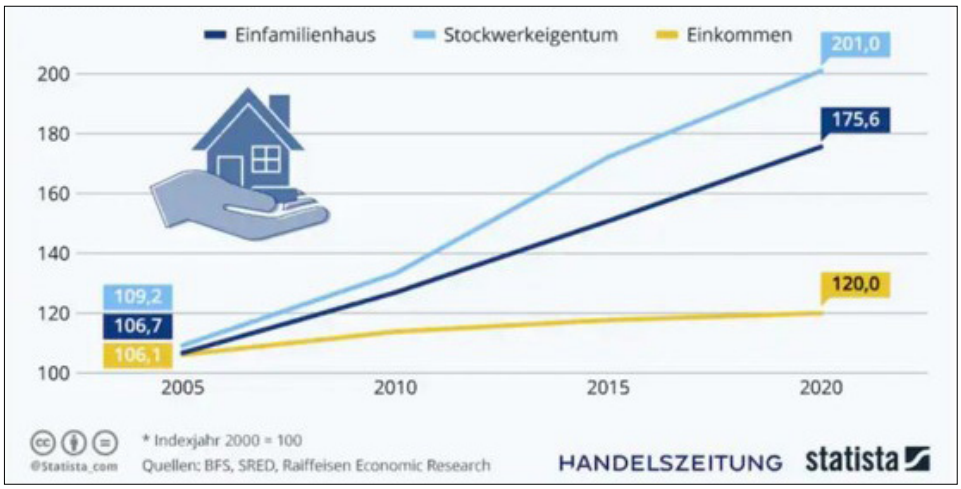
Diesen positiven Ansatz nahm **Prof. Dr. Oliver Nachtwey**, Professor für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel, auf: «Die Schweiz ist trotz gestiegener politischer Polarisierungen, insbesondere über Fragen der Corona-Massnahmen, ein Land mit einem hohen Grad an Kohäsion. Die gestiegene Ungleichheit könnte jedoch auf künftige politische Konflikte und Kohäsionsdefizite hindeuten. Politische Konflikte müssen jedoch nicht per se als problematisch gelten. Sie können sogar die Kohäsion fördern!» Auch wenn das paradox erscheine, so seien für ihn sowohl Konflikte als auch Toleranz und Akzeptanz, die Bedingungen des Zusammenhaltes, da man sich damit auseinandersetze.

Kooperationsbereitschaft, Freiwilligenarbeit wie auch Verantwortungsbewusstsein würden für das Gemeinwohl in einer Gesellschaft stehen. Daneben sei die Identifikation mit Werten und Normen ein weiterer Aspekt des“ füreinander Einstehens“.

Prof- Dr. Oliver Nachtwey

Zusammenfassung von Prof. Dr. O. Nachtwey:

Kohäsion und Konflikt
Die Schweiz ist trotz gestiegener politischer Polarisierungen, insbesondere über Fragen der Corona-Massnahmen, ein Land mit einem hohen Grad an Kohäsion.
Die gestiegene Ungleichheit könnte jedoch auf künftige politische Konflikte und Kohäsionsdefizite hindeuten. Politische Konflikte müssen jedoch nicht per se als problematisch gelten. Sie können sogar die Kohäsion fördern!
1. Auch moderne Gesellschaften sind von Ungleichheiten des sozialen Ranges, von Herrschaft geprägt. Damit sind auch Ungleichheiten der Wahlmöglichkeiten und der Freiheit verbunden.
2. Sozialer Wandel entsteht aus Konflikten: Konflikte um gleiche Lebenschancen
3. Bildung von „Konfliktgruppen“: Bewusstwerdung latenter Konflikte
4. Angelehnt an die Konflikttheorie Ralph Dahrendorfs: Integration entsteht nicht aus (vollständig) geteilten Normen, ähnlichen Rollenverteilungen, sondern aus der Anerkennung unterschiedlicher Interessen und Konfliktregelung
5. “Binden durch Repräsentieren“ (A. Koschorke).



Asset-Klassengesellschaften

- *Eigentum wird (wieder) zum dominanten Ungleichheitsfaktor*
- *Neue Grenzziehungen: Qualifikation und Leistung reichen immer weniger zum Eigentumserwerb*

Bei der anschliessenden Podiumsdiskussion zeigte sich, dass die sechs Referenten trotz unterschiedlichen Hintergründen und Perspektiven auf das Thema „Was hält unsere Gesellschaft im Kern zusammen?“ in vielen Bereichen einer Meinung waren: Informationen, Kommunikation, Wertschätzung, Interesse und direkte Begegnungen seien Grundvoraussetzungen der sozialen Kohäsion. Die Befürchtung, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Zeiten von Wohlstand und Individualismus gefährdet sei, teilte man nicht. Wichtig seien jedoch Achtsamkeit, Toleranz sowie das Streben nach einer gemeinsamen Vision.

*Von links nach rechts: **Martin Neff**, Chefökonom Raiffeisen Schweiz; **Beat Jans**, Regierungspräsident Basel-Stadt; **Jule Pehnt**, Klimagerechtigkeitsaktivistin Fridays for Future-Bewegung; **Prof. Dr. Oliver Nachtwey**, Professor für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel; **Dr. Hans-Peter Wessels**, Präsident metrobasel; **Marco Gadola**, Verwaltungsrat und Unternehmer; **Cloé Jans**, Leiterin operatives Geschäft Forschungsinstitut GFS in Bern*

Die soziale Kohäsion ist unser wertvollstes Gut

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist keine Selbstverständlichkeit. Er muss aktiv gepflegt werden, um das zu erhalten und zu stärken, was im Mittelpunkt stehen soll: das Wohlergehen der Menschen.

Beat Jans, Regierungspräsident Basel-Stadt

Die Zivilisation ist nur eine ganz dünne Decke. Diese Erkenntnis der österreichischen Holocaust-Überlebenden Ella Lingens geht in normalen Zeiten gerne vergessen. Spätestens seit der Corona-Pandemie und ganz sicher mit dem Ukraine-Krieg erinnern wir uns schmerzlich daran, wie schnell eine Gesellschaft zerfallen kann, wie schnell sich Egoismus, Hass und Verzweiflung ausbreiten und gemeinsame Werte geopfert werden können.

Deshalb ist es so wichtig, diese gemeinsamen Werte, diese innere Klammer, die eine Gesellschaft zusammenhält, immer wieder zu überprüfen, zu justieren, in Erinnerung zu rufen und vor allem: zu leben. Zusammenhalt in der Gesellschaft ist ein nie endender Prozess. Er entsteht Tag für Tag, im Zwischenmenschlichen, im Alltag. Dieser Zusammenhalt ist enorm wichtig für unsere Demokratie und es ist der Kitt für das Wohlergehen der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Wohlstand.

Man mag nun einwenden, dass Wohlstand ebenso gut den Egoismus fördert wie den Zusammenhalt. Aber dem ist nicht so: Gesellschaften, in denen es den Menschen gut geht, haben bessere Karten für den sozialen Zusammenhalt als solche, die von Armut und Ausgrenzung geprägt sind. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, bedeutet daher vor allem, das Wohlergehen der Menschen zu fördern. Nicht im Sinne des Überflusses einer Konsumgesellschaft, sondern im Sinne einer allgemeinen Lebenszufriedenheit. Wohlstand, Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu fördern, ist daher entscheidend, um zu stärken, was uns zusammenhält.

Sozialer Ausgleich und Wirtschaftsfreiheit sind zwei Aspekte, die ein friedliches Miteinander, das gemeinsame Gedeihen im Sinne der Nachhaltigkeit, ermöglichen. Das ist gerade auch heute enorm wichtig, wo wir doch gemeinsam den sorgfältigen Umgang mit Ressourcen tragen müssen, weil sonst unsere Erde, unsere Lebensgrundlage vom Klimawandel zerstört werden. Dass eine deutliche Mehrheit der Basler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit ihrem Ja zu Netto-Null bis 2037 das ebenso sieht, stimmt mich zuversichtlich. Denn es geht dabei auch um die Gerechtigkeit in Bezug auf die kommenden Generationen. Eine Politik, welche die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen nicht ausreichend berücksichtigt, ist kurzsichtig und dem sozialen Zusammenhalt nicht zuträglich.

Diese ganzheitliche Sicht auf die sozial Kohäsion ist in unserer Verfassung niedergeschrieben und ein klarer Auftrag. So heisst es in den Leitlinien staatlichen Handelns der Kantonsverfassung:

1. Der Staat orientiert sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben an den Bedürfnissen und am Wohlergehen der Bevölkerung. Er berücksichtigt dabei die Würde, die Persönlichkeit und die Eigenverantwortung des einzelnen Menschen.

2. Er wirkt auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und auf eine nachhaltige Entwicklung hin, die den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generation entspricht, aber zugleich die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse künftiger Generationen und ihre Möglichkeiten nicht gefährdet, ihre eigene Lebensweise zu wählen.

3. Er sorgt für Chancengleichheit und fördert die kulturelle Vielfalt, die Integration und die Gleichberechtigung in der Bevölkerung sowie die wirtschaftliche Entfaltung.

Die gesetzlichen Grundlagen haben wir also. Den Willen auch. Und auch sonst ist der Kanton Basel-Stadt gut aufgestellt. Nicht zuletzt, weil er ein global vernetzter und kulturell vielfältiger Wirtschaftsstandort ist. Dieser Mix aus Weltoffenheit, Toleranz und kulturellem Selbstverständnis prägt das Zusammenleben der Menschen und macht unseren Stadtkanton zu einem lebenswerten Wohn- und Arbeitsort.

Runder Tisch: Klima mit Jugendlichen (Foto: Fotodesign Junkov)

Kohäsion in der Krise? Kommt auf die Krise an!

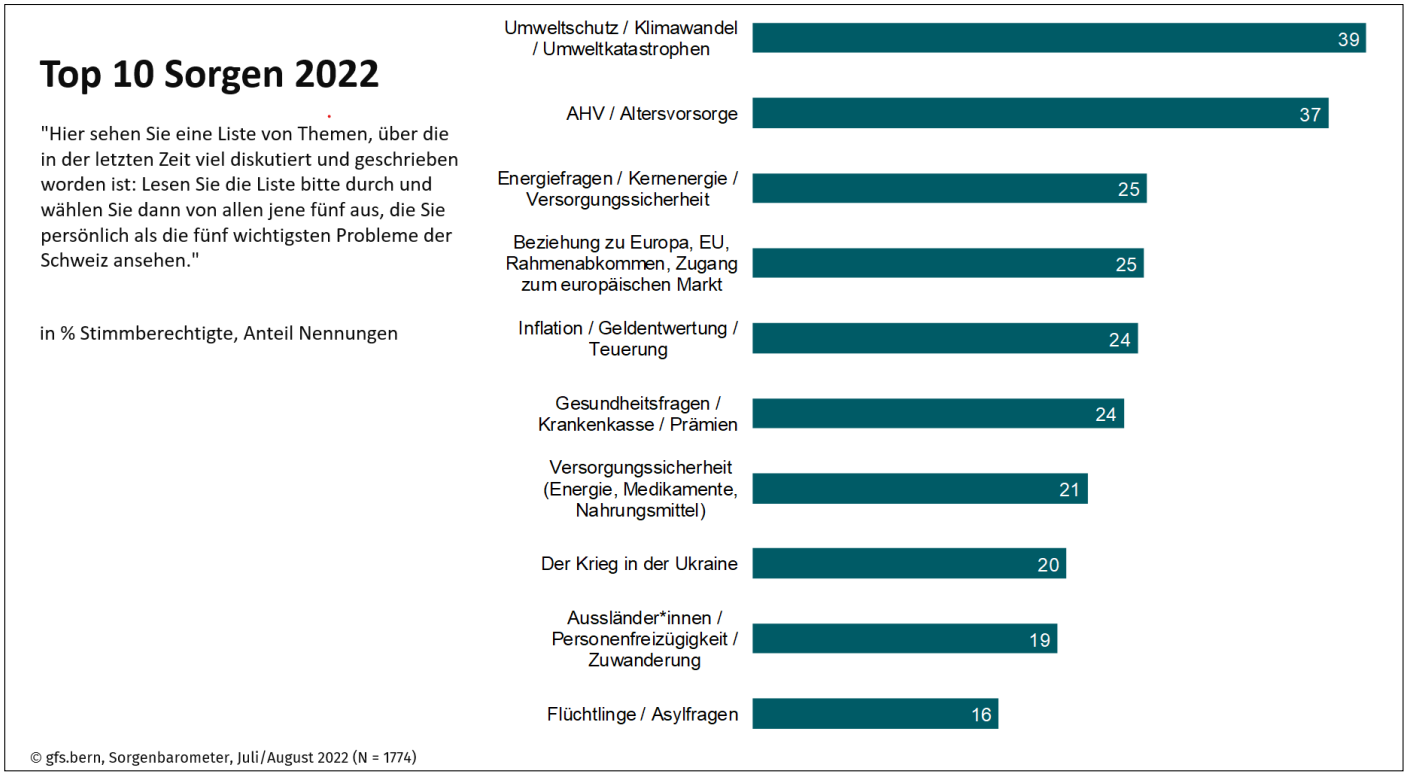
Cloé Jans

Nach den Corona-Jahren folgt mit dem Krieg gegen die Ukraine die nächste grosse Krise. Der Ausnahmezustand dauert an und verändert erneut die Art und Weise, wie wir in der Schweiz zusammenleben, die Ansprüche, die wir an die Politik haben und die Sorgen, die uns umtreiben. Tatsächlich ist die Corona-Pandemie so rasch, wie sie aufgetaucht ist, aus der Sorgenwahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer auch wieder verschwunden. Stattdessen zählen in den Augen der Stimmberechtigten gemäss **Credit Suisse Sorgenbarometer 2022** neue Probleme, die sich als Folgen des Krieges ergeben, zu den grössten Herausforderungen des Landes: Energiefragen, Inflation oder auch die Versorgungssicherheit. Zu oberst auf der Prioritätenliste stehen jedoch zwei Sorgen, die allen akuten Krisen trotzen: Der Klimawandel und die Reform der Altersvorsorge. Neben den beiden Top-Themen finden sich aber auch weitere Klassiker unter den Top 10 der grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer, so etwa Migrationsfragen und insbesondere auch die Beziehungen zu Europa. Die Sorgenlandschaft der Schweiz ist somit stark durch globale Themen geprägt, verfügt aber mit der Altersvorsorge und den Beziehungen zu Europa auch über eine klar helvetische Note.

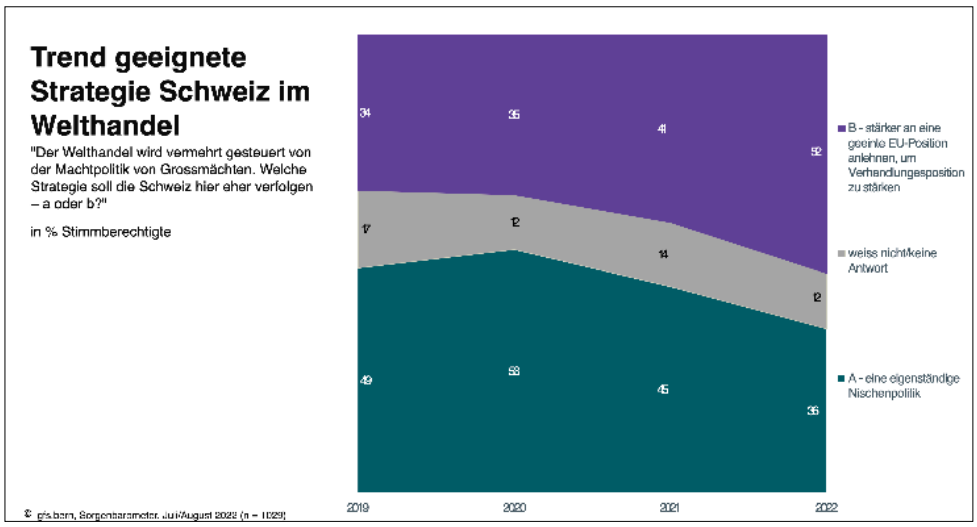
Was hingegen deutlich weniger hoch priorisiert wird in der Sorgenlandschaft der Schweizerinnen und Schweizer sind Themen des sozialen Zusammenhaltes. So landet das Zusammenleben in der Schweiz auf Rang 20, Gleichstellung auf Rang 22, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit auf Rang 28 und soziale Konflikte gar abgeschlagen auf Rang 36 von 40 – und in allen diesen Fällen hat der Anteil Stimmberechtigter, die diese Themen zu den fünf grössten des Landes zählen seit dem letzten Jahr sogar noch abgenommen.

Während sowohl Corona als auch der Krieg gegen die Ukraine grosse Herausforderungen für unsere Gesellschaft, Politik und Wirtschaft mit sich brachten, ist es in der Tat möglich, dass der Einfluss der beiden Krisen auf die soziale Kohäsion ein anderer ist. So zeigen Umfragen etwa, dass viele Menschen während Corona in ihrem privaten Umfeld zunehmende Meinungsverschiedenheiten und Konflikte beobachtet haben. Und auch auf nationaler Ebene verlief der Diskurs oft im Sinne der Frage, welche Minderheit für das Wohl der Mehrheit auf was verzichten musste. Mit dem Verschwinden der Pandemie aus der öffentlichen Wahrnehmung dürfte sich dieses Problem entschärfen. Seit dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine sind wieder viel stärker universelle und normative Fragen, die das Herz unserer Demokratie und Gesellschaft betreffen, ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. So bedeutet Freiheit im Jahr 2022 nicht mehr nur, ins Restaurant oder zum Fussballmatch gehen zu können. Heute ist Freiheit wieder viel stärker mit der Anerkennung

Cloé Jans

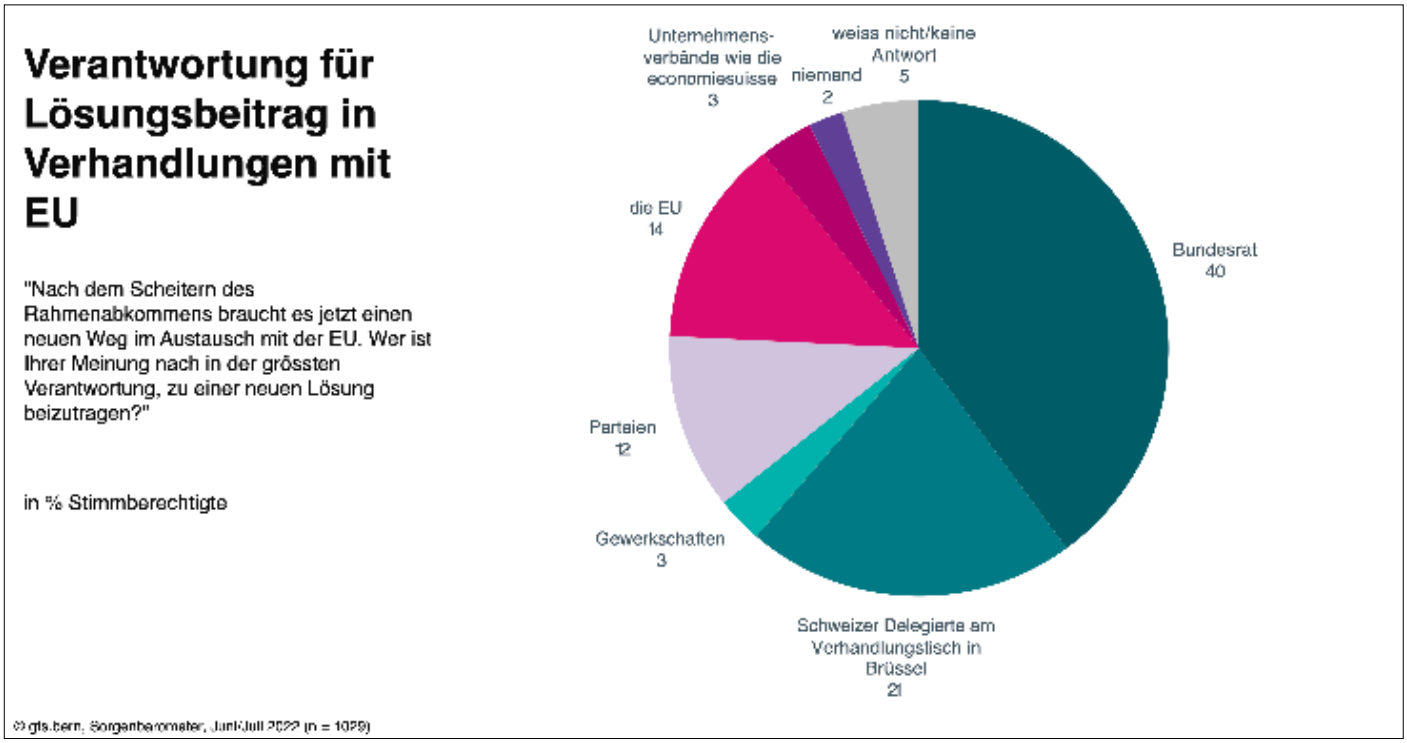


eines Landes und seiner Bewohner und Bewohnerinnen als souveräner, eigenständiger Staat konnotiert und mit der Gewährleistung der Unversehrtheit von Leben, Lebensraum und Eigentum.



Das Jahr 2022 hat gezeigt, dass unsere Grundwerte angreifbar sind – und das auf unserem eigenen Kontinent. Im Angesicht eines Angriffs von aussen ist Zusammenrücken vermutlich eine sinnvolle Strategie. Dieser Meinung sind in vielerlei Hinsicht offensichtlich auch die stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer. So hat beispielsweise das Vertrauen in die Institutionen (Politik, Wirtschaft, Medien) im Vergleich zum letzten Jahr wieder zugenommen und auch das Zugehörigkeitsgefühl zur Schweiz nimmt weiter zu. Die so beobachtete Kohäsion hat aber nicht nur eine nationale, sondern auch eine europäische Komponente: Deutlich mehr Schweizerinnen und Schweizer als noch während der Corona-Jahre sind der Meinung, der Krieg gegen die Ukraine hätte in der EU eher zu einem Zusammenrücken statt einem Auseinanderdriften geführt und hätte die EU insgesamt eher gestärkt als geschwächt.

Vor dem Hintergrund der neuen geopolitischen Unsicherheiten muss sich auch die Schweiz neu positionieren. Nach dem Ende der Sowjetunion vor dreissig Jahren erleben wir plötzlich eine Renaissance des damals vorherrschenden Blockdenkens. Für die Schweiz stellt sich nun die Frage, ob sie Sicherheit innerhalb eines dieser Blöcke sucht oder aber im fluiden Raum dazwischen und möglichst unabhängig und neutral bleiben will. Zwar wünscht man sich deutlich weniger, als noch vor einem Jahr, dass die Schweiz eine eigenständige Nischenstrategie fährt und sieht eine engere Anbindung an Europa über das gesamte Parteispektrum hinweg als sinnvoll an. Und während die Schweizerinnen und Schweizer stabilen und guten Beziehungen zu Europa unvermindert hohe Wichtigkeit zuschreiben, ist eine gewisse Überforderung damit, wie es denn nun weitergehen soll, nicht nur in der Politik zu beobachten, sondern auch in der Stimmbevölkerung klar sichtbar. Am liebsten wäre es den Stimmberechtigten, man könnte die bestehenden bilateralen Verträge weiterentwickeln oder ein neues Rahmenabkommen aushandeln. Dass das alte Rahmenabkommen beerdigt wurde, findet aber dennoch rund die Hälfte der Befragten richtig. Was – bei aller Offenheit für eine grössere Annäherung in der Krise – aber weiterhin klar nicht in Frage kommt, ist ein vollständiger Beitritt zur EU. Lieber bricht man die Beziehungen ganz ab, so das Verdikt der Stimmberechtigten. So oder so: Der Ball für die Weiterentwicklung der Beziehung zu Europa ist in den Augen der Stimmberechtigten nun beim Bundesrat. Die Landesväter- und Mütter sind somit nicht nur ein wichtiger Identitäts- und Vertrauensanker innerhalb der Schweiz, sondern nun auch mehr denn je gefordert, dass unser Land angesichts der aktuellen Krise auch seinen Weg in und vor allem mit Europa findet – ganz im Sinne der Kohäsion.



Energiemangel - breite soziale Kohäsion?

Mike Keller

Der Bundesrat hat die Gemeinden aufgefordert, infolge einer drohenden Energiemangellage präventive Massnahmen zu ergreifen. Der Gemeinderat von Binningen hat diese Aufgabe ernst genommen. Er hat zudem auch die Auffassung vertreten, dass die öffentlichen Einrichtungen mit gutem Beispiel voranzugehen haben. Damit sollen die Massnahmen auf mehr Akzeptanz stossen und zu verstärkter Einsicht und Eigenverantwortung bei den Haushalten und Betrieben führen. Da wir nicht wussten, wie es kommen wird, haben wir sofort umsetzbare Massnahmen gewählt. So wurde u.a. die Raumtemperatur in allen Verwaltungs- und Schulanlagen um 2°C gesenkt, im Hallenbad die Wassertemperatur von +28° auf +26°C reduziert und auf eine Weihnachtsbeleuchtung verzichtet. Für Aufsehen sorgte die angekündete Prüfung der Reduktion bzw. das vollständige Abschalten der öffentlichen Beleuchtung in den späten Nachtstunden.

Man könnte meinen, dass die Energiemangellage uns alle betrifft und daher jede Person bzw. wir zusammen alles Mögliche unternehmen, um Versorgungsunterbrüche zu vermeiden. Da könnten doch Schaufensterbeleuchtungen zumindest von 22.00 bis 06.00 ausgeschaltet, die Kühlschränke von +5°C auf +7°C eingestellt, etliche Elektrogeräte statt stand-by ganz abgestellt oder alte strom-intensive Geräte durch neue stromsparende Geräte ersetzt werden. Alle diese Massnahmen schränken unseren Wohlstand und Komfort kaum ein. Doch je mehr Menschen sich an diesen Aktionen beteiligen, desto grösser wird der Effekt – und nebenbei kann in Folge der stark gestiegenen Energiepreise auch noch der Geldbeutel entlastet werden. Also müsste im vorliegenden Fall mit einer sehr breiten sozialen Kohäsion zu rechnen sein.

Weit gefehlt! Man hat den Eindruck, dass die angekündigte Energiemangellage bei der Schweizer Bevölkerung und auch beim Gewerbe wohl nur kurz Diskussionen ausgelöst hat – aber kaum ernst genommen worden ist. Wer wie die Gemeinde Binningen den Aufruf verstanden und umgesetzt hat, wird als „Schwarzmaler" abgetan. Diese Einstellung ist sehr wohl nachvollziehbar. Denn wer Anfang November am späten Abend durch Basel geschlendert ist, konnte die Lichterfülle der Basler Herbstmesse und auch die beleuchteten Schaufenster wie eh und je bestaunen. Auch die Weihnachtsbeleuchtung befand sich bereits im Aufbau. Wer dann mit dem öffentlichen Verkehrsmittel nach Hause fuhr, genoss die angenehm geheizten Fahrgasträume. Wer die Zeitungen studierte oder Diskussionen zum Thema Energiemangellage im Fernsehen verfolgte, musste zum Schluss kommen, dass es wohl nicht so schlimm kommen dürfte, wie ursprünglich vom Bundesrat angekündigt.

Mike Keller, Gemeindepräsident Binningen

So kann und darf bei der Energiemangellage in der Schweiz (noch) keine grosse soziale Kohäsion erwartet werden. Mit widersprüchlichen Informationen und unterschiedlichem Umgang mit der Situation durch Vorbild-Organisationen wie Städte und Gemeinden ist es für die Bevölkerung und auch das Gewerbe schwierig zu erkennen, was nun wirklich Sache ist. Die in jüngster Vergangenheit oft zitierte grosse soziale Kohäsion mit der Ukraine hat sich erst gebildet, nachdem der Krieg ausgebrochen ist. So muss es in der Schweiz wohl zuerst zu zeitweisen Stromabschaltungen oder noch massiv weiter steigenden Energiepreisen kommen, bis sich aufgrund der Energiemangellage eine starke soziale Kohäsion entwickelt. Dieses Verhalten ist urmenschlich. Da können wir alle nur hoffen, dass es im Zusammenhang mit dem Klimawandel noch zu kurzzeitigen evolutionären Verhaltensänderungen des homo sapiens kommen wird.

Basel bei Nacht (Bild: Mike Keller)

Soziale Kohäsion - Eine zunehmende Herausforderung bei Planungsprozessen!

Wirtschaftsforum Binningen 2022: Hält der Egoismus Einzug bei der Gestaltung des öffentlichen Raums oder könnte ein partizipativer Ansatz bei Planungsprozessen die Lösung sein?

metrobasel

Die soziale Kohäsion funktioniere oft gut in Krisen, wie die jüngste Vergangenheit eindrücklich bei der Pandemie und dem schrecklichen Ukraine-Krieg gezeigt habe. Man schliesse sich zusammen, um einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen oder um ein grosses negatives Ereignis zu bewältigen. Ebenso sei sie aber auch für ein stabiles Umfeld und damit verbunden für die Wirtschaft eines Landes unabdingbar. Mit diesen Worten eröffnete Regula Ruetz, Direktorin metrobasel, das 5. Wirtschaftsforum Binningen mit weit über 100 Gästen.

Für den Gemeindepräsidenten Mike Keller bilden gegenseitiges Vertrauen, Kooperationsbereitschaft und ein Gefühl der Zugehörigkeit dann auch die wesentlichen Elemente von sozialer Kohäsion in der Gesellschaft. Er erlebe jedoch immer wieder, dass bei Planungsprozessen taktiert würde und ideologische Standpunkte von Kleinstgruppen Stolpersteine in einem Projekt seien, welche zu gesellschaftlichen Spannungen bis hin zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen können. Zusätzliche Regulierungen und Auflagen machten die Planungsprozesse ohnehin komplizierter und Einsprüche würden daher nicht selten Projekte verteuern.

Martin Neff, Chefökonom der Raiffeisen Schweiz, wies in seinem Inputreferat darauf hin, dass ohne Toleranz gar nichts gehe. Als Beispiel erwähnte er einen Planungsprozess aus Luzern, welcher den Spagat von unterschiedlichen Interessen und Toleranzgrenzen aufzeigte: Eine 1966 von einer reichen Engländerin an die Stadt Luzern geschenkten Parzelle, hatte als Auflage, dass Hunde dort spielen dürfen. Der Planungsprozess dauerte deswegen fast 50 Jahre; erst 2015 durfte schlussendlich eine Hundewiese angelegt werden. Auch beim Thema Verdichten träfen immer wieder unterschiedlichste Interessen aufeinander. Insbesondere bei den vielen Industriearealen, die teilweise lange brach lägen. Seine Hypothese: „Je mehr Grundeigentümer, desto besser, aber nur, wenn man alle Eigentümer integriert, abholt und einen gesunden Nutzungsmix berücksichtigt. Denn kooperative Planungsverfahren mit breitem Konsens von allen Stakeholdern führen schneller zum Erfolg."

Der grösste Feind der Verdichtung sei allerdings der Nachbar. Ganz nach dem Motto: „Verdichtetes Bauen ja unbedingt – aber nicht vor meiner Haustüre!"

Angeregte Podiumsdiskussion

Gemeinsame Eröffnungsrede von Regula Ruetz und Mike Keller

Die anschliessende Podiumsdiskussion wurde von Mike Keller moderiert. Auf seine Frage, ob der Verfall der sozialen Kohäsion und verbreitete Egoismen auf unseren Wohlstand zurückzuführen sei, meinte Axel Schubert, Raumentwickler an der FHNW: «Wenn wir heute egoistisch handeln, ist dies auch Ausdruck unseres Wirtschaftssystems, bei dem wirtschaftliche Gewinne meist privatisiert statt gesellschaftlich reinvestiert werden.» Zudem beruhe unser Wachstum weltweit auf der Ausbeutung von Mensch und Natur, also auf mangelnder Kohäsion und auf Ungerechtigkeiten. Dabei erwähnte er die Schweiz als globale Steueroase. Soziale Beziehungen würden mehr und mehr strategisch behandelt, ganz nach dem Motto: «Was bringen und nutzen mir Andere?»

Beat von Wartburg, Direktor der Christian Merian Stiftung CMS, sah keine Wohlstandverwahrlosung. Sehr viele Menschen würden sich für das Gemeinwohl engagieren. Leider sei die Schere zwischen Arm und Reich gross, auch beobachte er eine stärker werdende narzisstische Kultur, welche durch Social Media noch befeuert werde. Das mache ihm Angst und Sorgen. Die Soziologin und FHNW-Dozentin Christina Schumacher plädierte für positive Zukunftsbilder, damit Betroffene einen Nutzen aus Veränderungen ziehen können. Wir würden in einer Wohlstandsgesellschaft mit vielen Optionen leben. Davon hätten vor allem die älteren Generationen profitiert. Für die Jüngeren gäbe es diesen sozialen Aufstieg kaum mehr, gab sie zu bedenken.

Um die Leute an Bord zu holen, brauche es eine gute Einbindung aller Partikularinteressen. Den Schlüssel zum Erfolg bei Planungsprozessen sah Andreas Büttiker, Direktor der BLT, bei Leadership und Kommunikation. Als aktuellen Erfolg erwähnte er das Spiesshöfli in Binningen, dass nach über 20 Jahren endlich realisiert werden konnte.

Hans-Peter Wessels, Präsident von metrobasel, appellierte zum Schluss, dem Gegenüber mit Respekt und Dialog zu begegnen. Zudem sei Vertrauen in unser demokratisches, stabiles System die wichtigste Ressource in der Planung.

Bilaterale Zusammenarbeit CH - EU: Wie weiter?

metrobasel Sommeranlass 2021: Wie viel Abschottung verträgt die Schweiz, ohne dass es zu einem schleichenden Abbau von Arbeitsplätzen und damit verbunden von Wohlstand kommt. Die Referate und die Diskussion zeigten die Relevanz auf, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der Beziehung Schweiz – EU beimessen.

metrobasel

Am 26.05.2021 hat der Bundesrat die Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen mit der EU einseitig abgebrochen.

Das Scheitern des Rahmenabkommens hatte zu heftigen Diskussionen geführt. Insbesondere in unserer trinationalen Region. Schwer nachvollziehbar war zudem, dass die Verhandlungen abgebrochen wurden, ohne dass der Bundesrat einen „Plan B“ präsentieren konnte. Die Auswirkungen des Entscheides waren schnell schmerzhaft spürbar: sei dies in der Medtech-Branche oder beim ambitioniertesten und wichtigsten Forschungs- und Innovationsförderprogramm der EU, Horizon Europe. Die Schweiz wurde nach Bekanntgabe des Abbruchs umgehend davon ausgeschlossen, respektive auf den Status eines Drittlandes gesetzt und kann seither nicht mehr wie bisher partizipieren.

Im Rahmen des metrobasel Sommeranlasses vom 25.08.2021 hätte das Thema nicht aktueller sein können. Es diskutierten hochkarätige Exponenten aus Politik und Wirtschaft die Frage: „Bilaterale Zusammenarbeit CH – EU- Wie weiter?“. Als Gäste durften wir Bundesrat Ignazio Cassis und als Vertreter der EU, Botschafter Petros Mavromichalis begrüssen. Die Wirtschaft war mit Jörg Reinhardt, dem Verwaltungsratspräsidenten von Novartis, Christoph Mäder, dem Präsidenten der economiesuisse und Philip Erzinger von der EU-kritischen Organisation Allianz Kompass vertreten.

Hans-Peter Wessels eröffnete den Anlass und übergab dann für die Begrüssung an Kaspar Sutter, Regierungsrat Basel-Stadt.

Der EU-Botschafter S.E. Petros Mavromichalis machte gleich am Anfang in seinem Referat die Haltung der EU deutlich, dass das Rahmenabkommen das wichtigste gemeinsame Projekt der EU und der Schweiz wäre. Es sollte die Modernisierung und Anpassung der Marktzugangsabkommen garantieren und die Zukunft des bilateralen Weges sichern. Wolle die Schweiz am EU-Binnenmarkt und den EU-Projekten partizipieren, müsse man sich an die Spielregeln halten. Die Position der Staatengemeinschaft sei klar: Rosinenpickerei gehe nicht.

Jörg Reinhardt ging in seinem Referat auf die Wichtigkeit von stabilen und gesicherten Beziehungen zur EU ein. Es brauche ein funktionierendes Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz sowohl für die Wirtschaft aber speziell auch für den Standort Basel. Grosse Unternehmen wie Novartis seien zwar in der Lage, sich dynamisch an die jeweilige Situation anzupassen, der Wirtschaftsstandort Schweiz könne aber an Attraktivität verlieren und sich dadurch in gefährlichem Wasser befinden.

Das anschliessende Podium wurde von Dr. Brigitte Guggisberg, Geschäftsleiterin vom WWZ Forum der Wirtschaftswissenschafiichen Fakultät der Universität Basel, moderiert. CH – EU: wie weiter? Diese Frage stellte sie gleich zu Beginn der Diskussionrunde. Christoph Mäder unterstrich die Gefahr für den Standort Schweiz. Grosse Firmen könnten relativ rasch auf die jeweiligen Situationen reagieren. Ob sich der Werkplatz Schweiz erhalten könne, dies sei jedoch eine ganz andere Frage.

Regierungsrat Kaspar Sutter erinnerte an die rund 34‘000 Menschen, die täglich die Grenzen in unserer Region überqueren, um hier zu arbeiten. Daneben würden Waren im Wert von 33 Milliarden Franken von Basel in die EU exportiert. Dies zeige, wie wichtig eine stabile Beziehung zur EU sei. Auf eine langfristige Teilhabe am EU-Binnenmarkt könne jedenfalls nicht verzichtet werden.

Philip Erzinger wollte dagegen über gangbare Szenarien diskutieren, wie die Beziehungen CH- EU weiterentwickelt werden könne. Es gäbe zu viele offene Punkte und vielleicht wäre eine Verlagerung von der politischen Ebene auf die technische Ebene eine Lösung, um Zeit zu gewinnen. Es gälte nicht, generell Nein zu sagen, aber auch nicht ein Abkommen, um jeden Preis zu vereinbaren.

Bundesrat Cassis sah in seinem Abschlussreferat den Abbruch der Verhandlungen nicht als „Brexit der Schweiz“, sondern meint, „Europa braucht die Schweiz, die Schweiz braucht Europa. Wir sind Europa. Nur gemeinsam können wir diesen Kontinent stark machen.“ Die Schweiz sei weiter an einer Normalisierung der Beziehungen interessiert. Cassis rügte jedoch den EU-Botschafter stellvertretend für die gesamte EU für dessen Voten respektive die restriktive Haltung: „Das ist Druckpolitik und unwürdig, Herr Botschafter.“ Die EU bleibe weiterhin der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz. Klar sei daher für ihn, dass die Eidgenossenschaft einen strukturierten politischen Dialog mit Brüssel aufgleisen müsse.

Man hielt abschliessend fest, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU die Politik und die Wirtschaft aus unterschiedlichen Gründen noch länger beschäftigen werden. Redebedarf gab es und wird es auch in Zukunft reichlich geben.

Bundesrat Ignazio Cassis; Jörg Reinhardt, VRP Novartis; Regula Ruetz, Direktorin metrobasel
Fotograf: Kenneth Nars, CH-Medien/BZ

Ein Jubiläumsjahr für die gute nachbarschaftliche Beziehung im Dreiländereck

Andreas Schwab, seit 2004 Mitglied des EU-Parlaments

2022 ist ein Jahr der Jubiläen in den EU-Schweiz-Beziehungen. Denn 1972 schlossen die damalige europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Eidgenossen ein wegweisendes Freihandelsabkommen ab, das bis heute Bestand hat. Doch im Jahre 1992 entschieden sich die Schweizer haarscharf gegen einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und somit gegen eine engere Anbindung an die Europäische Union.

Die trinationale Metropolitanregion Basel hat seit jeher den europäischen Gedanken der Völkerverständigung mit Leben gefüllt. Auch angesichts des komplexen Regelwerkes haben die Menschen im Dreiländereck immer praxistaugliche Lösungen für die Kooperation und zum Austausch gefunden. Auch das diesjährige 25-jährige Jubiläum des Oberrheinrates zeugt von der guten politischen Abstimmung zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland.

Der Austausch und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserer trinationalen Grenzregion funktionieren eigentlich gut. Offene Grenzen, die gemeinsam überwacht werden, eine eng verzahnte Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit bilden die Grundlage unseres Wohlstandes. Dazu trägt auch das größtenteils seit 1992 gemeinsam entwickelte Netz der über 120 bilateralen Verträge zwischen der EU und Schweiz bei, die die Schweiz in einigen Sektoren in den Binnenmarkt der EU einbinden. Dieses Vertragsnetz ist zwar erfolgreich und wird von großen Teilen Bevölkerungen in der Schweiz und in der EU unterstützt – es ist aber auch enorm komplex.

Darum war es in den vergangenen 30 Jahren immer wieder erforderlich, die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Nachbarstaaten in der europäischen Union im gemeinsamen Interesse neu zu regeln und zu verbessern.

Während sich die EU seit 1992 stetig weiterentwickelt hat, sind die vertraglichen Rahmenwerke mit der Schweiz aber stehen geblieben. Darum haben die EU und die Schweiz seit 2014 fast vier Jahre lang über eine Aktualisierung dieses Rahmenwerkes verhandelt. 2021 hat der Schweizer Bundesrat diese Verhandlungen beendet. Ohne eine politische Lösung drohen jedoch viele Verträge langsam auszulaufen. Den ersten Vorgeschmack darauf, was „weniger Europa“ in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bedeutet, bekam 2021 die für unsere trinationale Region bedeutende Medizinprodukte-Branche zu spüren.

Dabei verbinden die Schweiz und EU viele Grundüberzeugungen. Nicht zuletzt in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat sich die große Breite gemeinsamer Interessen gezeigt, insbesondere in der Schweizer Entscheidung, die Sanktionen der Europäischen Union gegenüber Russland - wenn auch etwas verzögert - mitzutragen. Sowohl die Schweiz als auch die EU stehen ein für eine freiheitlich demokratische Grundordnung mit den Werten der Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung.

Um die Grundlage des Wohlstandes in unserer Region zu wahren, setze ich mich als Vorsitzender der Parlamentsdelegation für «West- und Nordeuropa» mit Nachdruck seit 20 Jahren dafür ein, dass die vertraglichen Grundlagen der EU-Schweiz Kooperation auch für die nächsten 30 Jahre auf eine rechtssichere Grundlage gestellt werden. Nach mehr als acht Jahren Gesprächen über mögliche Lösungen besteht kein Mangel an gemeinsamem Problem-Verständnis. Es besteht die Notwendigkeit einer politischen Lösung.

Dabei könnte den deutschen Bundesländern und den französischen Regionen eine wichtige Rolle zukommen. Bei zentralen Streitpunkten zwischen der EU und der Schweiz sind diese Verwaltungsebenen sehr erfahren in der Anwendung von EU-Regeln, z.B. zur Personenfreizügigkeit oder den Staatsbeihilfen. Darum sollten insbesondere die an die Schweiz grenzenden französischen Regionen und deutschen Bundesländer sich mit den Schweizer Kantonen abstimmen, um konstruktiv alle Probleme durchzusprechen und so Teil der Lösung zu werden.

Unsere Region am Oberrhein wäre für ein solches Gesprächsforum der perfekte Gastgeber, denn das Dreiländereck ist „die“ Vorzeigeregion für gut funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Baseler Wirtschaftsmetropolregion ist bürgernah und Basel als Stadt zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz ist nicht nur geografisch, sondern auch dank seiner Infrastruktur bestens geeignet, Kommunikation fruchtbar zu machen.

Jubiläen eignen sich immer dafür, Revue über die Erfolge passieren zu lassen - und ein Erfolg ist die gute Zusammenarbeit im Großraum Basel wahrlich. Gleichzeitig zeigt der Blick nach Vorne, dass es noch besser ginge und die guten Beziehungen auch das Resultat beständiger politischer Anstrengungen sind. Darum braucht es jetzt insbesondere seitens der Eidgenossen eine politische Anstrengung, damit die EU-Schweiz-Beziehungen auf ein neues Niveau gehoben werden können. Die Metropolregion Basel und alle Anrainer stünden sicherlich bereit, sie dabei tatkräftig zu unterstützen.

Strategie Schweiz: Alleingang oder Partnerschaft mit Verbündeten?

metrobasel Sommeranlass 2022: Pandemie, Ukrainekrieg, Lieferengpässe, Energieknappheit und Klimawandel – wie schafft es die Schweiz bestmöglich durch diese turbulenten Zeiten zu kommen? Ist Alleingang die Lösung oder vielleicht doch eher eine engere Partnerschaft mit Verbündeten?

metrobasel Die wirtschaftlichen Aussichten für die Zukunft seien äusserst ungewiss: die Coronapandemie wirke nach und sei noch nicht vorüber, niemand wisse, wie sich der Ukrainekrieg weiterentwickele, der Klimawandel sei zunehmend spürbar und wir sähen uns vermehrt mit Handelseinschränkungen und Energieengpässen konfrontiert. Die metrobasel Direktorin Regula Ruetz wies auf die grossen aktuellen Krisen hin und zeigte in ihrer Begrüssung gleichzeitig auf, dass die Schweiz im europäischen Vergleich gut davongekommen sei. Doch die Aussichten auf die kommenden Monate seien ungewiss, wenn nicht sogar düster, mahnte sie und stellte die Frage: «Wie neutral respektive autonom kann die Schweiz in Zeiten von Krisen und Polarisierung sein oder wie stark ist man da auf Partner angewiesen?»

Eine Frage, die alle beschäftigte. Die rund 200 Gäste verfolgten im Basler Grossratssaal am 7. September 2022 mit grossem Interesse den Ausführungen von Nationalrat **Eric Nussbaumer** und **Eric Scheidegger**, dem Leiter Wirtschaftspolitik beim SECO, sowie von **Prof. Dr. Rudolf Minsch**, Chefökonom der economiesuisse.

Nationalrat Eric Nussbaumer

Nationalrat **Eric Nussbaumer** verdeutlichte gleich zu Beginn seines Inputreferates, dass die Schweiz strompolitisch bereits heute komplett im Abseits stehe. Die 41 Verbindungen des Schweizer Stromnetzes zu den Netzen der Nachbarländer zeigten klar auf, dass ein Alleingang der Schweiz nicht möglich sei. Aufgrund des fehlenden Stromabkommens im europäischen Strommarkt sei Swissgrid enorm gefordert und könne nur noch beschränkt mitwirken und die Interessen unseres Landes einbringen. Das Abseitsstehen habe eine Zunahme an ungeplanten Stromflüssen durch die Schweiz zur Folge und genau das bringe ein erhöhtes Risiko für unsere Versorgungssicherheit mit sich.

Eric Scheidegger, SECO

Eric Scheidegger ging auf die Bedeutung der internationalen Verflechtungen und die Diversifikation der Schweiz ein. Ein Drittel der Schweizer Wertschöpfung realisiere die Schweiz im Ausland. Die Schweiz habe eine Aussenhandelsquote von 119 %, 7 von 10 Beschäftigten würden in Unternehmen arbeiten, welche im internationalen Warenhandel tätig sind und 60% der Importe und 42 % der Exporte würden durch KMU erbracht. Die bestehenden Krisen hätten den Druck auf den internationalen Handel erhöht. Sein Fazit war, dass die Schweiz dank ihrer breiten, weltweiten Diversifikation der Schweizer Wertschöpfungs- und Lieferketten die aktuellen Herausforderungen bisher gut gemeistert hätte. Die Tendenzen zur Regionalisierung und Zurückholung der Lieferketten könnten langfristig jedoch diese Resilienz senken.

Krisen seien nicht mehr die Ausnahme, sondern werden zur Regel, so startete **Prof. Dr. Rudolf Minsch** seine Ausführungen. Heute stehe die Schweiz vor einer unsicheren Energiezukunft, sei mit Versorgungsengpässen konfrontiert und leide unter einem akuten Fachkräftemangel. Daneben belasten geopolitische Herausforderungen und die zunehmende Blockbildung auf dem Weltmarkt unsere Wirtschaft. Oft werde zu wenig

Prof. Dr. Rudolf Minsch, economiesuisse

beachtet, dass Firmen mobil und flexibel seien, die Grenzen nicht als unüberwindbares Problem sähen. Verlierer würde jedoch mit Sicherheit der Standort Schweiz sein. Sein Appell war klar: „Wir müssen mit Europa eine Lösung finden. Wir sind in Europa zuhause."

In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von **Dr. Brigitte Guggisberg**, Geschäftsleiterin WWZ Forum der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Basel, unterstrich **Prof. Dr. Andreas Bohrer**, Group General Counsel von Lonza,

Grossratsaal: Blick von Tribüne

Regula Ruetz

Dr. Hans-Peter Wessels

NR Eric Nussbaumer und Eric Scheidegger

Oberbürgermeister Jörg Lutz

Bürgermeister Dr. Tobias Benz und Oberbürgermeister Wolfgang Dietz

nochmals die enorme Bedeutung des internationalen Handels für Schweizer Unternehmen. Ohne offene Grenzen funktioniere das System Schweiz nicht. Gleichzeitig warf er der Politik vor, nicht genügend Willen aufzubringen, mit der EU eine Lösung zu finden. Am Beispiel der Corona-Impfung zeigte er auf, wie multilateral ein Konzern aufgestellt sein musste, um die Schweiz und die Welt mit einem Impfstoff zu versorgen.

Bis auf den letzten Platz gefüllter Grossratsaal

Dr. Kathrin Amacker, Präsidentin Plattform Schweiz-Europa, forderte die Region auf, sich auch weiterhin – wie sie es in den vergangenen Monaten getan habe – aktiv in die Diskussion einzubringen. Es sei mehr Pragmatismus im Verhandlungsprozess angebracht, denn nur mit Kompromissen könne man die Beziehung zur EU wieder normalisieren. Ihre Meinung ist klar: «Wenn es der Grenzregion mit ihrem wirtschaftlichen Potential gut geht, dann geht es auch der Schweiz gut.»

Wiederspruch kam von Seiten des SVP-Grossrat **Dr. Stefan Suter**, man dürfe sich nicht durch vermeintliche Handlungsdringlichkeiten in unvorteilhafte Verhandlungspositionen drängen lassen. Die Schweiz brauche keinen Alleingang aber ein gutes Verhandlungsergebnis und solle dafür ruhig etwas Druck aushalten.

Dr. Beat Oberlin, Präsident Universitätsrat Basel, wies eindringlich darauf hin, wie die Universität Basel wegen des Ausschlusses aus Horizon Europe bereits an Exzellenz verliere. Die fehlende Assoziation und internationale Zusammenarbeit seien damit ein enormer Dämpfer für den hiesigen Forschungsstandort. Die besten Forscher würden nämlich dorthin gehen, wo die besten Bedingungen herrschten und das sei Basel bzw. die Schweiz leider nicht mehr.

Beat Jans, Regierungspräsident von Basel-Stadt, stellte in seinem Schlussvotum fest, dass er selten bei einem Anlass ein so interessiertes und somit ruhiges Publikum erlebt habe. Für ihn seien die Referate und die Podiumsdiskussion äusserst aufschlussreich und anregend gewesen. Die Aussagen hätten den Nerv der Zeit getroffen. Er schloss sein Fazit mit dem Hinweis, dass die Schweiz und speziell die Region Basel historisch nie den Alleingang gesucht hätten und dies auch heute keine Option sein könne. Basel leide unter dem europapolitischen Stillstand. Er forderte alle auf, Europa etwas mehr Wertschätzung entgegenzubringen und dafür Überzeugungsarbeit zu leisten.

Regierungspräsident Beat Jans

Veranstaltungspartner des Anlasses von metrobasel waren economiesuisse mit der Kampagne „stark+vernetzt“, die VBÖ und die Regio Basiliensis.

Moderation Dr. B. Guggisberg, WWZ; Prof. Dr. A. Bohrer, Lonza; Dr. B. Oberlin, Universität Basel; Dr. K. Amacker, Plattform CH-EU

E. Scheidegger, SECO; Nationalrat E. Nussbaumer; Prof. Dr. E. Minsch, economiesuisse; Grossrat Dr. S. Suter

Die Schweiz muss auch in Zukunft als international konkurrenzfähiger Wissenschaftsplatz wahrgenommen werden

Die Assoziierung an die Europäischen Forschungsprogramme ist für die Schweizer Universitäten sehr wichtig. Nur im Verbund mit anderen europäischen Ländern lassen sich strategische Projekte wie der „Bio-Campus Oberrhein" erfolgreich umsetzen.

Prof. Dr. Dr. Andrea Schenker-Wicki

1457 wurde die Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg gegründet – drei Jahre später die Universität Basel. Seit mehreren hundert Jahren trägt die Wissenschaft entscheidend dazu bei, dass der Wohlstand in dieser Region stetig wächst – und dass der Oberrhein heute zu den Regionen mit einer überdurchschnittlichen Wertschöpfung gehört.

Vor 33 Jahren haben sich das Karlsruher Institut für Technologie und die Universitäten von Freiburg, Strassburg, Mulhouse und Basel zum Hochschul-Verbund Eucor zusammengeschlossen, der sich heute the European Campus nennt. Seither pflegen wir eine enge Zusammenarbeit in zahlreichen Fachgebieten wie Krebsforschung, Neurowissenschaften oder Quantentechnologie, aber auch in den Geisteswissenschaften – in Fachbereichen wie den Altertums- oder den Sprachwissenschaften.

Mit der Strategie 2022–2030 hat die Universität Basel zwei strategische Projekte lanciert – eines davon ist der Bio-Campus Oberrhein. Mit dem Biocampus Oberrhein werden wir das hier vorhandene Potenzial im Bereich der Innovation bündeln. Wir werden Innovationen ohne Grenzen ermöglichen und dafür sorgen, dass die Erkenntnisse aus der Medizin und der Biotechnologie rascher den Menschen zur Verfügung stehen werden. Start-ups sollen gezielt gefördert werden, und zwar grenzüberschreitend und unbürokratisch. Die Rektorate der fünf Universitäten erarbeiten derzeit die gemeinsame Strategie – mit dem Ziel, den Innovations-Standort Oberrhein auf internationaler Ebene sichtbar zu machen.

Auf institutioneller Ebene arbeiten wir am Oberrhein ausgezeichnet zusammen – über die Landesgrenzen hinweg. Auf gesamt-europäischer Ebene jedoch fehlt uns aktuell der Anschluss an das wichtigste Forschungsförderprogramm Europas: an Horizon Europe, das mit 95 Milliarden Euro grösste und angesehenste Forschungsförderungsprogramm weltweit. Die Schweiz kann sich daher an vielen Programmen und Förderlinien nicht beteiligen. Besonders schmerzhaft für unsere Forscherinnen und Forscher ist, dass wir vom prestigeträchtigen ERC ausgeschlossen sind. Der ERC ist sozusagen ein Forschungsstipendium (Grant), das nur die besten und hellsten Köpfe aus ganz Europa erhalten. Hat sich eine Forscherin oder Forscher erfolgreich für einen solchen Grant beworben, kann sie oder er sicher sein, an einer renommierten Universität eine Professur zu erhalten. Durch die fehlende Assozierung wird es für die Schweizer Universitäten auch zunehmend schwieriger, herausragende ausländische Talente zu rekrutieren. Der Grund liegt vor allem darin, dass kompetitive Drittmittel eine immer wichtigere Rolle spielen und unsere Forschenden praktisch nur kompetitive Drittmittel aus einer Quelle, nämlich vom Schweizerischen Nationalfonds, einwerben können. Dies ist in allen anderen europäischen Ländern nicht der Fall!.

Spitzenforschung an der Universität Basel

Georgien, Israel, Montenegro, Serbien – all diese Länder dürfen als assoziierte Staaten zusammen mit den EU-Ländern an Horizon Europe teilnehmen. Nur die Schweiz muss weiter warten – zusammen mit Grossbritannien. Wohlbemerkt – jene zwei Länder mit den besten Universitäten unseres Kontinents. In der Schweiz gibt es politische Stimmen, die der Auffassung sind, dass man mit Geld allein die Probleme des Forschungsplatzes lösen könne. Das ist eine grobe Fehleinschätzung – denn: Abseits-Stehen im Bereich der Forschung und nicht eingebunden sein in einen internationalen Wettbewerb lässt sich nicht mit Geld kompensieren. Unsere jungen Leute wollen sich mit den besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler messen und als ebenbürtig wahrgenommen werden! Es geht also nicht nur um Geld, das es zugegebenermassen auch braucht, es geht hier in erster Linie um Reputation.

In der Diskussion um die Assoziierung zu Horizon Europe wird von gewissen Kreisen gefordert, die Universitäten müssten einen Plan B haben – eine Alternative zur Beteiligung an EU-Forschungsprojekten. Man wünscht sich dabei, dass dieser Plan B gleich gut sein soll wie der Plan A – wie eine Voll-Assoziierung. Das ist leider Wunschdenken. Plan B ist bekannt. Plan B bedeutet eine Reihe von Einzelabkommen und Kleinstprogrammen mit anderen Ländern, eine Aufblähung der Bürokratie, drohende Ineffizienzen und eine Verzerrung des Wettbewerbs!

Die Schweiz muss auch in Zukunft als international konkurrenzfähiger Wissenschaftsplatz wahrgenommen werden – dafür müssen wir uns alle einsetzen. Nur so können wir unseren Wirtschafts- und Wissenschaftsraum am Oberrhein gemeinsam weiterentwickeln – und sein unglaubliches Potential zum Wohle der Gesellschaft ausschöpfen.

Damit der Life-Science-Standort Basel Weltspitze bleibt, braucht es die Partnerschaft mit Verbündeten

Die Region Basel ist mit über 700 Unternehmen der wichtigste Life-Sciences-Standort in Europa. Novartis Länderpräsident Matthias Leuenberger warnt aber, dass sich die Region nicht auf ihrem bisherigen Erfolg ausruhen dürfe. Gefahren für den Standort sieht er vor allem im ungeklärten Verhältnis mit der EU.

metrobasel **Herr Leuenberger, vor kurzem veröffentlichte scienceindustries eine Studie von BAK Economics, wonach die Schweizer Chemie- und Pharmaindustrie bei der Wettbewerbsfähigkeit weltweit den zweiten Platz hinter den USA belegt. Ist Basel als Europas führender Life-Sciences-Hub also gut auf Kurs?**

Es freut mich, dass unsere Branche dank Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung zu den Weltbesten gehört. Was die Region Basel speziell auszeichnet, ist das einzigartige Life-Sciences-Ökosystem mit einer Vielzahl von Akteuren, die stabilen Rahmenbedingungen, der Zugang zu gut ausbildeten Arbeitskräften sowie die hohe Lebensqualität in der weltoffenen trinationalen Grenzregion. Mit der Öffnung des Novartis Campus als Standort für Firmen im Life-Sciences-Bereich trägt Novartis zur Förderung dieses Clusters aktiv bei. Damit unsere Region diesen Spitzenplatz halten kann, muss das Umfeld aber auch künftig stimmen. Und da sehe ich doch einige Herausforderungen auf uns zu kommen.

Und diese wären?

Kurzfristig wird sich die Umsetzung der OECD-Steuerreform auf die Standortattraktivität auswirken. Hier geht es vor allem darum, wie weit die Mehreinnahmen in den Forschungsstandort reinvestiert werden können, um Standortnachteile aus der Reform wettzumachen. Darum würden wir es begrüssen, wenn ein möglichst grosser Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen bei den Kantonen verbliebe, für gezielte Standort fördernde Massnahmen mit Bezug zu Forschung und Entwicklung vor Ort.

Um beim Stichwort Forschung zu bleiben: Sie haben den Ausschluss aus dem EU-Forschungsprogramm Horizon beklagt. Wieso ist dieses Programm so wichtig?

Die internationale Vernetzung mit weltweit führenden Forschenden und die Einbindung in den europäischen Forschungsraum sind für unseren Life-Sciences-Cluster von grosser Bedeutung. Rund 9000 Schweizer Projektbeteiligungen wurden seit 2007 über das EU-Rahmenprogramm finanziert und Schweizer Forscherinnen und Forscher konnten rund 2200 Projekte selber leiten. Das ist nun mit dem Ausschluss aus Horizon nicht mehr möglich. Zwar kann die Schweiz eigene Forschungsprojekte finanzieren, aber das ist lange nicht so prestigeträchtig, wie wenn die Unterstützung aus dem europäischen Horizon-Programm kommt.

Das betrifft aber doch vor allem den akademischen Bereich und weniger Unternehmen wie Novartis?

Die Schweiz wurde quasi aus der Champions League der Forschung verbannt und ist für Forschende im akademischen Bereich nun weniger attraktiv. Dies wird sich mittelfristig auf den Forschungsstandort als Ganzes auswirken, mit negativen Folgen auf die Produktinnovation und die Wertschöpfung in der Life-Sciences-Branche. Wir betrachten das mit Sorge, denn der Forschungsstandort Basel ist für uns wichtig. Novartis allein investiert hierzulande rund CHF 3,8 Milliarden in Forschung und Entwicklung, was rund 44 Prozent unserer globalen Ausgaben entspricht. Doch dies ist nur einer der Bereiche, die von der gegenwärtigen Beziehungskrise mit der EU überschattet werden.

Dr. M. Matthias Leuenberger, Länderpräsident Novartis Schweiz

Wo sehen Sie denn sonst noch Gefahren?

Über 45 Prozent der Pharmaexporte aus der Schweiz gehen in die EU. Für unsere Branche ist sie damit die wichtigste Handelspartnerin. Deshalb kommt dem Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse eine grosse Bedeutung zu. Werden gegenseitige Anerkennungen künftig nicht mehr aktualisiert, so wären kurzfristig steigende Kosten für den ohnehin schon teuren Produktionsstandort Schweiz die Folge. Weitere Risiken wären in einem Worst-Case-Szenario der Wegfall der Personenfreizügigkeit und die damit einhergehende Verschärfung des Fachkräftemangels. Es ist daher sehr wichtig, dass die Schweiz ihr Verhältnis zur EU möglichst rasch klärt und eine Einigung über die offenen Streitpunkte erzielt wird.

Gibt es noch weitere Bereiche mit Blick auf den hiesigen Life-Sciences-Cluster, wo Sie Handlungsbedarf sehen?

Handlungsbedarf gibt es bei der Digitalisierung. Vor allem bei der Implementierung digitaler Technologien im Gesundheitssystem hinkt die Schweiz dem Ausland hinterher. Wenn wir da nicht endlich vorwärts machen und die Nutzung von «Real World Data», also anonymisierten und konsolidierten Anwendungsdaten aus der Praxis ermöglichen, droht die Schweiz auch bei den klinischen Studien den Anschluss zu verlieren.

Wir sprachen jetzt viel von den Herausforderungen, sehen Sie auch Chancen?

Unsere Industrie hat immer wieder gezeigt, dass sie fähig ist, Veränderungen erfolgreich zu meistern. Gleichzeitig hat unser Land die Förderung von Innovation nie aus den Augen verloren, sei es durch die Stärkung der Bildung, attraktive Rahmenbedingungen und die Verbesserung der Lebensqualität, was uns zu einem der innovativsten und erfolgreichsten Länder gemacht hat. Auch wenn die Ausgangslage heute eine andere ist, bin ich überzeugt, dass wir auch die jetzigen Herausforderungen gemeinsam mit unseren Partnern meistern können und der Life-Sciences-Standort Basel weiterhin Weltspitze bleibt.

Dank stabiler Beziehungen zur EU besser durch die Krise

Die jüngste Umfrage von economiesuisse zeigt, dass es der Schweizer Wirtschaft weiterhin an wichtigen Vorprodukten fehlt. Der Fachkräftemangel wird immer akuter. Als grösstes Risiko sehen die Unternehmen jedoch die anhaltend hohen Energiepreise. Umso wichtiger wäre eine rasche Klärung der bilateralen Beziehungen zur EU, dem nach wie vor wichtigsten Handelspartner der Schweiz.

Monika Rühl

Seit mehreren Jahren befindet sich Europa im Krisen-Modus. Kaum sind wir bei der Corona-Pandemie aus dem Gröbsten raus, reisst der Ukrainekrieg die europäische Wirtschaft in die nächste Krise. Die Schweizer Unternehmen haben sich bislang besser als erwartet behaupten können. Die Aussichten für das kommende Jahr sind aber keinesfalls ungetrübt, wie die jüngste Umfrage von economiesuisse bei den Mitgliedern zeigt.

Die Wirtschaft hat auch 2023 mit Lieferengpässen zu kämpfen

Die Lieferengpässe in Europa sind einerseits auf die Sanktionen im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg zurückzuführen und betreffen in erster Linie Rohstoffe und Energieträger. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass es bei weiteren Vorprodukten aus Europa zu Engpässen kommt. Andererseits besteht ein Engpass bei elektronischen Vorprodukten. Hier ist insbesondere China mit seiner rigorosen Corona-Politik für die Engpässe verantwortlich. Diese Probleme werden wohl auch in den kommenden Monaten die Schweizer Unternehmen beschäftigen. Die Unsicherheit betreffend die Verfügbarkeit von Energie, Rohstoffen und elektronischen Vorprodukten bleibt somit bestehen. Über 90 Prozent der Befragten geben denn auch an, dass sie im kommenden Halbjahr mit weiteren Lieferengpässen rechnen.

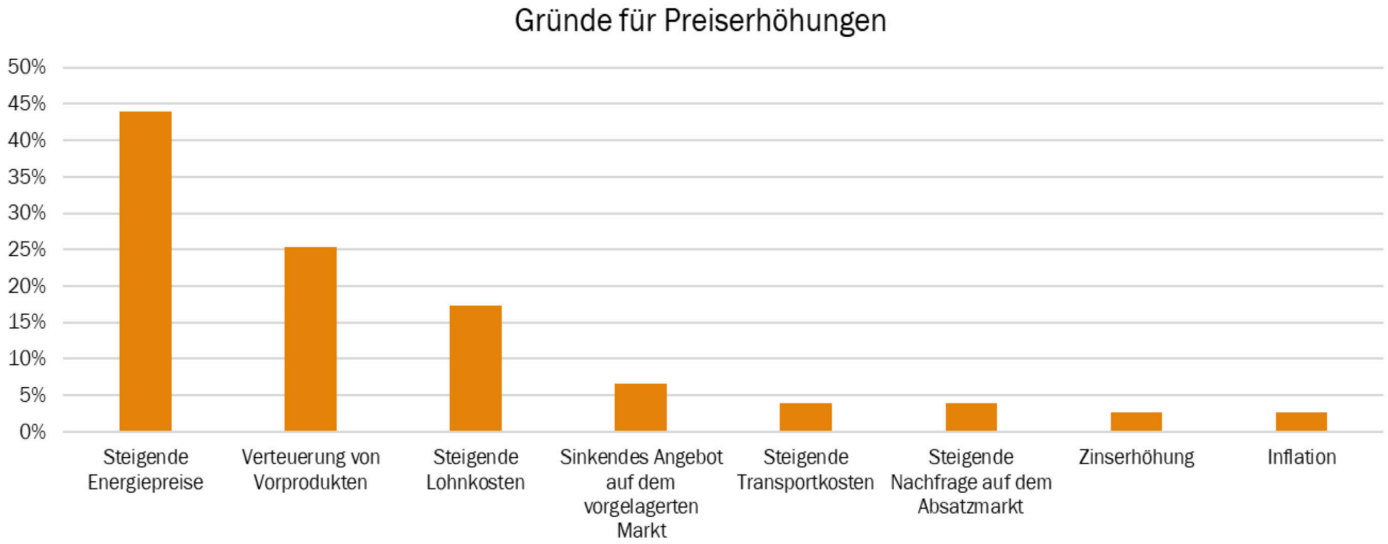
Hohe Energiekosten sind das grösste Problem

Zwar ist nicht anzunehmen, dass es diesen Winter zu einer Strommangellage kommen wird. Doch die wegen des Kriegs in der Ukraine anhaltend hohen Energiekosten sehen Schweizer Unternehmen als das grösste Problem. Im Fokus stehen dabei die stark steigenden Preise für Strom und Gas. Unternehmen berichten von teilweise achtfach höheren Beschaffungskosten für Strom im Vergleich zum Vorjahr. Gas ist seit Anfang Jahr fast viermal teurer geworden. Und auch der Benzinpreis ist seit Jahresbeginn um über die Hälfte gestiegen. Bislang hat etwa jedes zweite Unternehmen die Strompreise für 2023 vertraglich abgesichert. Die Übrigen müssen mit einem Anstieg der Energiepreise um durchschnittlich 25 Prozent rechnen. Deshalb schätzen die befragten Unternehmen die Energiekrise als das grösste Konjunkturrisiko für 2023 ein.

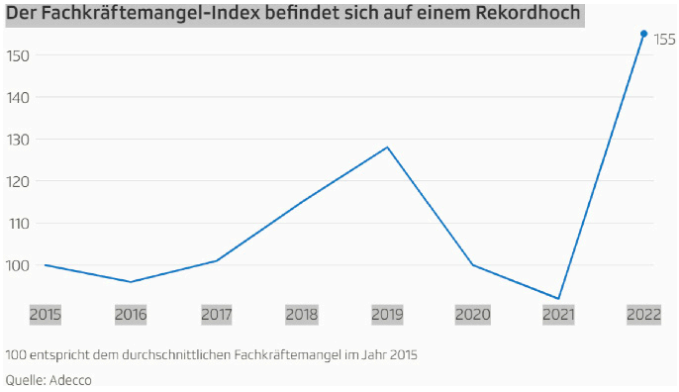
Monika Rühl, Direktorin economiesuisse

Akuter Fachkräftemangel verschärft das Problem

Ebenfalls weit oben auf dem Sorgenbarometer finden sich die Probleme bei der Personalrekrutierung. Jedes dritte Unternehmen gibt an, nicht genügend Fachkräfte zu finden. Im Mai war es noch rund ein Viertel. Der Fachkräftemangel auf dem Schweizer Arbeitsmarkt hat damit seit Ausbruch der Corona-Pandemie einen neuen Höchststand erreicht. Während der Pandemie zögerten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Stelle zu wechseln. Nun führen die sehr guten Jobaussichten dazu, dass Wechsel wieder deutlich zunehmen und Stellen länger unbesetzt bleiben.



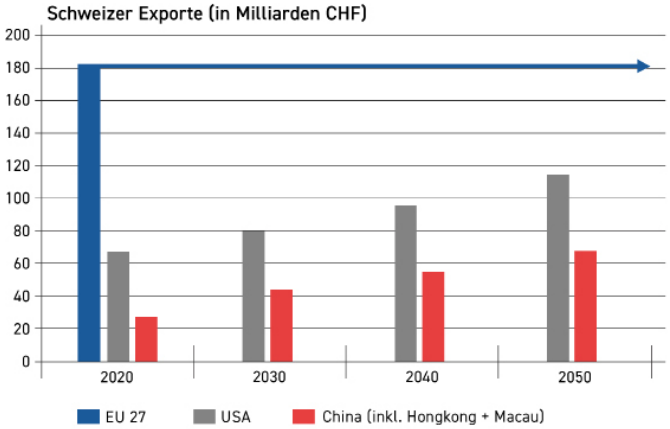
Quelle: economiesuisse 2022



Das bleibt nicht ohne Folgen: Sämtliche Branchenvertreter melden zurück, dass die Absatzpreise in ihrem Sektor bereits erhöht werden mussten. Als wichtigste Gründe für die Preiserhöhungen werden an erster Stelle die hohen Energiekosten, dann die teureren Vorprodukte und die höheren Personalkosten genannt. Im Schnitt rechnen die Betriebe auch in den kommenden Monaten mit einem Preisaufschlag – im Durchschnitt um rund fünf Prozent.

Die EU bleibt auch in Zukunft der wichtigste Handelspartner der Schweiz

Vor diesen Herausforderungen ist eine ungehinderte Teilnahme der Schweizer Unternehmen am europäischen Binnenmarkt, dem natürlichen Heimmarkt für die Schweiz, von besonderer Bedeutung. Auch nach dem Austritt Grossbritanniens bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner. Denn obwohl die Schweizer Exportwirtschaft in den letzten Jahren erfolgreich neue Märkte erschliessen konnte, sind diese auch auf lange Sicht kein Ersatz für die EU als unser wichtigster Absatzmarkt. Selbst wenn der Handel mit der EU auf dem heutigen Niveau verharrt und die Exporte in die übrigen Märkte im bisherigen Mass weiterwachsen würden, könnten weder die USA noch China die EU als wichtigsten Handelspartner der Schweiz bis 2050 ablösen.



Quelle: Avenir Suisse 2022

In der Krise braucht es stabile Beziehungen zur EU

Die bestehenden und künftigen bilateralen Abkommen mit der EU sind notwendig, um die wichtigsten Herausforderungen für die Schweizer Unternehmen zu lösen. Viele Vorprodukte stammen aus der EU. Dank gemeinsamer Normen und dem Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) können diese ohne grössere Probleme und Kosten eingeführt und in Schweizer Produkte eingebaut werden. Die Ausfuhr der Endprodukte aus der Schweiz in die EU ist ebenfalls ohne grössere Probleme möglich. Doch wegen der ausstehenden Klärung der institutionellen Fragen ist das MRA seit bald vier Jahren blockiert. Mittlerweile sind die Medizinprodukte und die In-Vitro-Diagnostika aus dessen Anwendungsbereich gefallen. Als nächstes sind die Maschinen, Bauprodukte und Medikamente dran. Dies führt zu höheren Kosten für die Unternehmen in der Schweiz und in der EU. Partnerunternehmen in der EU sehen sich veranlasst, neue Lieferanten innerhalb des Binnenmarktes zu suchen. Die über Jahre entstandenen, engen Wertschöpfungsketten drohen aufzubrechen.

Der Lohnschutz in der Schweiz bleibt gewährleistet

Für Schweizer Unternehmen ist eine funktionierende Personenfreizügigkeit von grösster Bedeutung. Sie können qualifiziertes Personal aus der EU anwerben, die sie in der Schweiz nicht mehr finden. Voraussetzung dafür ist aber ein gut funktionierendes Freizügigkeitsabkommen (FZA). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU wollen beispielsweise wissen, ob ihre in der Schweiz erworbenen Sozialversicherungsansprüche gewährleistet sind, wenn sie sich entscheiden sollten, wieder in die EU zurückzukehren. Werden die Ausbildungen, die ihre Kinder in der Schweiz genossen haben, in der EU anerkannt? Voraussetzung für die Fortführung des FZA ist ebenfalls die Klärung der institutionellen Fragen. Angesichts des grassierenden Fachkräftemangels in ganz Europa erweist sich das hohe Lohnniveau in der Schweiz als Erfolgsfaktor. Schweizer Unternehmen haben so bessere Chancen, qualifiziertes Personal anzuwerben als ihre Konkurrenten in der EU. Umso unverständlicher ist die Boykott-Haltung der Schweizer Gewerkschaften, Kompromisse bei den flankierenden Massnahmen und der Streitbeilegung zu machen. Der Lohnschutz in der Schweiz ist und bleibt gewährleistet. Das Lohnniveau in der Schweiz wird auch mit einem aktualisierten FZA nicht unter Druck geraten. Das zeigt auch ein Blick nach Luxemburg, Liechtenstein und Norwegen, die ein noch höheres Lohnniveau haben als in der Schweiz und dies ohne flankierende Massnahmen.

Für eine sichere Energieversorgung braucht es ein Stromabkommen

Ohne ein Stromabkommen mit der EU kann die Energieversorgung nicht gesichert werden. Ein solches Abkommen wäre für beide Seiten ein Vorteil: Die Schweiz könnte ihre Speicherkapazitäten in den Stauseen zur Stabilisierung des europäischen Stromnetzes besser einbringen. Dafür könnten die Schweizer Unternehmen in den Wintermonaten davon ausgehen, dass die Stromversorgung über das europäische Netz gesichert ist. Auch die Energiestrategie des Bundesrates kann ohne ein Stromabkommen nicht umgesetzt werden. Langfristig würde dies auch zu einer Stabilisierung der Strompreise beitragen.

Diese Beispiele zeigen: Ohne eine rasche Klärung der bilateralen Beziehungen zur EU wird die Zukunft für die Schweizer Unternehmen noch unwägbarer. Der Bundesrat muss deshalb alles daransetzen, die Verhandlungen über ein neues Abkommens-Paket, welches auch die institutionellen Fragen klärt, möglichst rasch aufzunehmen und wenn möglich noch im kommenden Jahr abzuschliessen.

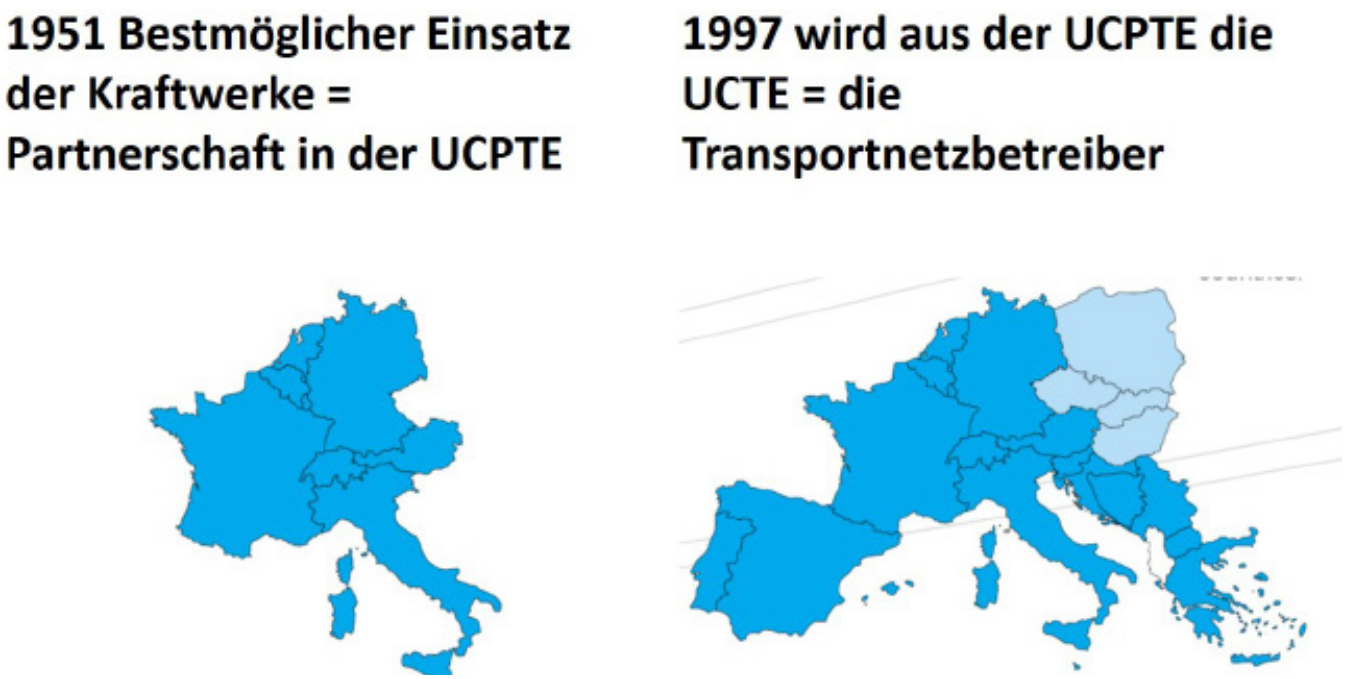
Den europäischen Energiebinnenmarkt als Realität akzeptieren

Die Schweiz ist mitten in Europa. Das ist nichts Neues. Dass die Schweiz mitten im europäischen Energiebinnenmarkt liegt, aber den Zugang nach wie vor nicht vertraglich geregelt hat, schadet heute der Versorgungssicherheit und langfristig auch dem Standort.

Eric Nussbaumer, Nationalrat Basel-Landschaft

Der Energiebinnenmarkt ist geschaffen

Noch immer träumt die Schweiz vom Stromknoten Laufenburg. Vor Jahren hat sich das in der öffentlichen Meinung festgesetzt und die vielen Hochspannungsleitungen zeigen es ja physisch immer noch – in Laufenburg wird der europäische Strom ausgetauscht. Doch leider stimmt das Bild nicht mehr ganz, das war einmal: Die Schweiz hat geschichtlich tatsächlich den europäischen Stromaustausch miterfunden und auch lange mitgeprägt. 1951 war sie Mitgründerin der UCPTE, es ging darum, dass in dieser Partnerschaft der Kraftwerkseinsatz bestmöglich geplant wurde. Ab Mitte der Neunzigerjahre hat dann die EU begonnen, die nationalen Elektrizitätsmärkte wettbewerblich zu gestalten. Dies führte dazu, dass aus der UCPTE die Vereinigung der Transportnetzbetreiber wurde, die UCTE. Gleichzeitig wurde auch schrittweise ein grenzüberschreitender europäischer Elektrizitätsmarkt geschaffen. Heute ist der europäische Elektrizitätsbinnenmarkt als wettbewerblicher, grenzüberschreitender Markt reguliert.

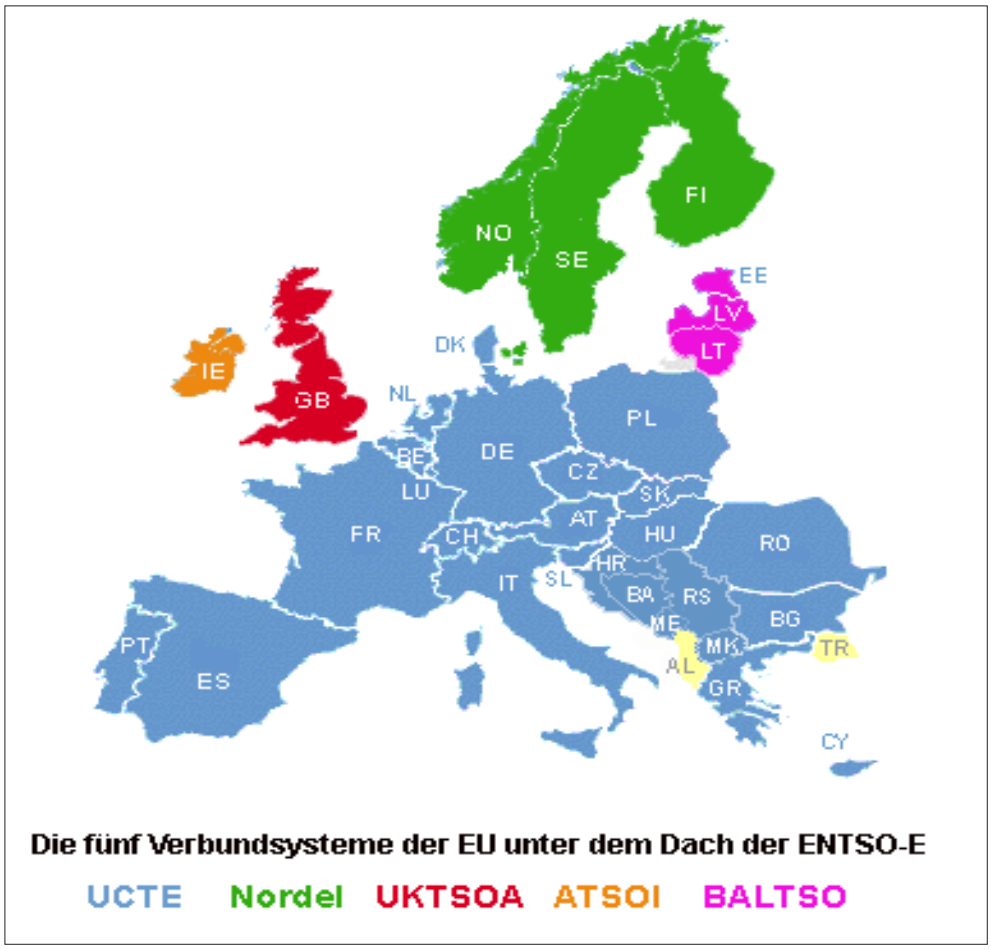


Die Entwicklung von der UCPTE zur UCTE und zum Europäischen Strommarkt. Die Schweiz verliert an Bedeutung.

Strommarktregulierung ist heute EU-Regulierung

Die grenzüberschreitende Regulierung des Strommarktes ist heute komplett in den Händen der Europäischen Union. Als Regulierungsagentur der EU agiert die Entso-E. Aus den früheren Handbüchern der UCTE sind europäische Gesetze geworden. Die verbliebenen Regeln aus dem früheren Operation Handbook für Kontinentaleuropa wurden im April 2019 im Synchronous Area Framework Agreement (SAFA) zusammengefasst. Es gibt für die Schweiz keine einzigartige Rolle mehr. Vielmehr ist die Schweiz von den EU- Regulierungen betroffen, kann aber in den Gremien kaum mitreden, geschweige denn mitentscheiden.

für unsere Netzbetreibergesellschaft Swissgrid nicht angenehm. Da wir nicht in den Planungsabläufen der EU eingebunden sind, entstehen in der Schweiz immer mehr ungeplante Stromflüsse. Das macht unser System teurer. Die Interessen der Schweiz können heute im Elektrizitätsbinnenmarkt kaum mehr eingebracht werden. Fakt ist auch, dass die Bedeutung der Schweiz als Stromtransitland für Italien zurückgegangen ist und in den kommenden Jahren wohl weiter abnehmen wird. Über alles gesehen, schaffen wir mit dieser Nicht-Anbindung für unser Land weniger Versorgungssicherheit.



Heute ist das europäische Stromsystem vollständig von der EU reguliert. Die Schweiz ist von den Regulierungen abhängig.

Ungeplante Stromflüsse und weniger Versorgungssicherheit

Die Schweiz hat es trotz dieser seit 15 Jahren ablaufenden Entwicklung noch nicht geschafft mit der Europäischen Union eine verlässliche vertragliche Regelung zu vereinbaren. Dieses Stromabkommen ist zwar immer wieder in der öffentlichen Debatte hörbar, aber es kann nicht abgeschlossen werden, weil die EU darauf besteht, dass alle Marktzugangsabkommen (und hier geht es um den Zugang zum Energiebinnenmarkt) einen institutionellen Rahmen bekommen. Die Schweiz kann sich nur mit dem Binnenmarkt assoziieren, wenn sie auch einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus vereinbart und sich zur dynamischen Rechtsanpassung im Bereich des Sektors Elektrizität bekennt. Noch funktioniert alles, aber die Situation ist

Alleingang-Risiko-Strategie ist gefährlich

Immer wieder wird erwähnt, dass die Schweiz vor allem neue Kraftwerke bauen sollte, dann werde alles wieder gut. Das ist nur halb richtig. Natürlich ist es nicht falsch, im eigenen Land genügende Erzeugungskapazitäten zu haben. Das ersetzt aber eine sinnvolle Einbindung in den europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt keinesfalls. Ein autarker Alleingang ist eine Risikostrategie, die unserer Wirtschaft schadet. Wir sind auf eine verlässliche Einbindung in den europäischen Regulierungsrahmen angewiesen. Wir brauchen dazu nicht der EU beizutreten, wenn wir aber als Drittland keinen Elektrizitätsmarkt-Assoziierungsvertrag abschliessen, dann schaden wir langfristig dem Schweizer Standort.

Soziale Kohäsion – wer zahlt wie viel für die Klimakrise?

Jule Pehnt

Im Moment schmeißt sich die Welt von Krise zu Krise. Viele Menschen werden dabei mit den Herausforderungen und Auswirkungen unserer Zeit allein gelassen. Sie werden ignoriert und ihre Fragen oder Bedürfnisse bei den meist oberflächlichen politischen Antworten nicht berücksichtig. Zwischen einer Energiekrise und drastischen Teuerungen machen fossile Unternehmen ungebremst Milliarden Gewinne während andere nicht wissen, wie sie ihre Miete am Ende des Monats bezahlen sollen. Von Krisen betroffene Menschen finden oft kein echtes Gehör bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Ob in der Klimapolitik oder Energiekrise – der gesellschaftliche Zusammenhalt ist nur so stark wie unser Umgang mit Ungerechtigkeiten und unserem Zuhörvermögen gegenüber Betroffenen von Krisen.

Wir bewegen uns in einem politischen Rahmen, in dem mit betäubenden Maßnahmen-Spritzen auf Klimakrisen geantwortet, aber nicht gegen grundlegende, systemische Ungerechtigkeiten vorgegangen wird. Die Krisen entwickeln sich unter der Oberfläche weiter. Gleichzeitig wird das Zusteuern auf unaufhaltbare Kipppunkte und die damit folgende tägliche existenzielle Bedrohung zu einer Zerreissprobe für unsere Gesellschaft.

Für wirksame Klimapolitik heißt das: Klimaschutz ist der Erhalt von einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Die Auswirkungen der Klimakrise werden jedoch nicht bedeuten, dass die ganze Welt in Zukunft untergeht, sondern vielmehr, für wen die Welt untergeht. Wir werden zwar alle Extremwetter und Katastrophen zu Gespür bekommen, aber einige werden sich eine Anpassung an diese Umstände – sei es eine Flucht oder eine teure Versorgung – leisten können. Viele andere Menschen werden jedoch ihre Lebensgrundlage aufgeben müssen oder stürzen in einen finanziellen Ruin. Betroffen sind finanziell schwächer gestellte Menschen, es sind die Menschen, die bereits unter struktureller Diskriminierung leiden und an aller erster Stelle Menschen im globalen Süden, die die Klimakrise nicht zu verantworten haben.

Globale und historische Verantwortung tragen westliche Industriestaaten, die lange andere Länder ausgebeutet haben und bis heute neokoloniale Strukturen aufrechterhalten, um kostengünstig an Rohstoffe zu gelangen. Sei es die Erschließung von Gasfeldern in Senegal oder Pipelines, wie die EACOP durch Uganda. Veränderungen sind in diesem System nicht vorgesehen, jeder kleinste Schritt und jeder wirklich gerechte Ausgleich muss hart erkämpft werden. So haben sich beispielsweise Industrieländer jahrzehntelang komplett gegen die Forderung nach Ausgleichszahlungen für Klimaschäden gestellt. Erst nach jahrelangem Kämpfen um ein minimales Gehör und Anerkennung von indigenen Bevölkerungsgruppen und anderen Betroffenen wurde auf der diesjährigen Weltklimakonferenz die Forderung nach „Loss and Damage“ auf die Tagesordnung gesetzt und ernsthaft verhandelt.

Jule Pehnt, Klimagerechtigkeitsaktivistin, Friday for Future-Bewegung

Dies wäre ein Ausgleich für eine Krise, die die Betroffenen nicht verursacht haben, unter der aber so viele Menschen jeden Tag –entweder unter Dürren, Fluten oder Bränden– leiden müssen. Menschen wird das Leben genommen; ein Schicksal, das wir Industriestaaten ihnen mit unseren Emissionen aufgezwungen haben.

Wir müssen den Mut haben, unsere Art zu leben und zu wirtschaften in Frage zu stellen. Reden wir von Klimapolitik, denken wir oft an pure CO2-Reduktion oder die physikalischen Möglichkeiten von erneuerbarer Energie. Die gesellschaftlichen Auswirkungen oder Systeme dahinter werden selten angesprochen – denn wenn wir wirklich über Klimagerechtigkeit reden, wird es für den Status Quo sehr schnell unangenehm. Klimaschutz ist nicht nur eine reine naturwissenschaftliche Antwort, bei der es darum geht, Emissionen zu senken. Klimaschutz ist unsere einzige Möglichkeit, globale Gerechtigkeit und Frieden langfristig zu sichern.

Das, was unsere Gesellschaft auseinanderreist, sind Krisen und ihre ungerecht verteilten Folgen. Es sind profitgesteuerte, neo-koloniale Systeme der Industrienationen wie Deutschland, die seit Jahrhunderten Menschenleben hintenanstellen. Rund 100 Konzerne weltweit zeichnen für 71% unserer globalen Treibhausgase verantwortlich. In Deutschland sind 30 Unternehmen für 36% der gesamtdeutschen Emissionen verantwortlich. Wenn sich Schuldzuweisungen auf den einzelnen Menschen beschränken, aber gleichzeitig große Unternehmen weiter unendliche Gewinne machen, sorgt das weder für eine Emissionsreduktion, die wir benötigen, noch für eine sozialgerechte Politik. Es führt nur zu einer Eskalation. Damit schwindet die Hoffnung immer mehr, gegen die Klimakrise wirksam ankämpfen zu können. Ohne starke Entscheidungen von den politischen und wirtschaftlichen Verantwortlichen und ohne ausreichende Taten steht eine ganze Generation vor immensen Aufgaben, die schnell in Frustration und sozialem Unfrieden enden können. Verantwortung zu übernehmen und Privilegien zu erkennen, um angemessen handeln und verändern zu können, ist in der Klimakrise eine Frage der Existenz. Es ist der einzige Weg, um aus einer verheerenden Spirale auszubrechen.

Die Zukunft der Stadt: divers, bunt, integriert

Lukas Ott

Basel entwickelt sich dynamisch und ist wirtschaftlich gesund. Auch dank der Zuwanderung. Die kulturelle Vielfalt ist laufend gewachsen; deren Akzeptanz auch. Gute Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Stadtteile.

Stadtentwicklung ist ein Prozess, der nie abgeschlossen ist. Sie steht im Dienste der Menschen, die hier leben und zusammenleben. Deren Bedürfnisse ändern sich, wie sich die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ändert. Dies zu adaptieren und in die Planung der Stadt von Morgen einfliessen zu lassen, ist so spannend wie anspruchsvoll. Eine nachhaltige Stadtentwicklung, wie wir sie anstreben, schenkt dem sozialen Aspekt ebenso viel Aufmerksamkeit, wie der wirtschaftlichen Prosperität und dem Klimaschutz.

Basel hat das grosse Glück, über grosse Transformationsareale zu verfügen, deren künftiger Zweck als Wohn-, Arbeits- und Freizeitquartiere praktisch von Grund auf geplant werden können. Dazu gehören auch neue Formen der Mitsprache, der Partizipation, genannt Beteiligungsverfahren. Natürlich ist es ein stetes Ausmarchen der verschiedenen Interessen, von Renditeerwartungen der Investoren, über die Sicherstellung von günstigem Wohnraum bis zur guten Durchmischung des Quartiers.

Wir haben die grosse Chance, von Anfang an Parameter zu entwickeln, welche Quartiere ermöglichen, die divers und bunt sind und sich in die gewachsenen Strukturen der direkten Umgebung einpassen. Als erstes auf dem Klybeckareal, wo dereinst 8500 Menschen wohnen und 7500 Arbeitsplätze entstehen sollen. Das städtebauliche Leitbild, das im September vorgestellt wurde, weist den Weg: «Die Zukunft des Klybeck-Areals ist grün, durchmischt und klimafreundlich.»

So wie übrigens jene der ganzen Stadt, was aber ungleich anspruchsvoller zu erreichen ist, weil diese über die Jahrhunderte gewachsen und in den Köpfen vieler Bewohnerinnen und Bewohner als festes Bild «ihres Basel» verankert ist. Gegen die Menschen kann man gar nichts entwickeln. Mit ihnen hingegen umso mehr. In der Wohnpolitik, der Klimapolitik oder wo auch immer.

Besonders augenfällig ist der Wandel in der Einstellung zur Zuwanderung, die dem dynamischen Wirtschaftsstandort geschuldet ist. Das zeigt der Indikatorenbericht «gesellschaftlicher Zusammenhalt» aus dem Jahr 2020. Der Aussage «Die kulturelle Vielfalt im Kanton Basel-Stadt erlebe ich als grosse Bereicherung» stimmen in dieser Umfrage 50 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner zu. 2003 und selbst noch 2015 waren es bloss 20 Prozent. Umgekehrt finden immer weniger Einwohnerinnen und Einwohner, dass hier zu viele Menschen aus dem Ausland leben würden. Waren es 2015 mit 46,7 Prozent fast die Hälfte der Befragten, sind es 2019 noch 37,6 Prozent.

Lukas Ott, Stadtentwickler Kanton Basel-Stadt

Kein Zweifel, Basel ist ein funktionierender Schmelztiegel. Als Zentrum einer trinationalen Region war das die Stadt schon immer. Aber erst mit der Entwicklung zum wichtigen Chemie-Standort und nun zu einem weltweit führenden Life-Scienes-Cluster sind wir wahrlich international. Die Bevölkerung wächst, mit Ausnahme des vergangenen (Corona-) Jahres. Der Bau neuer Wohnungen, die Entwicklung der Transformationsareale ist also zwingend nötig, soll die zweitstärkste Wirtschaftsregion der Schweiz weiterhin prosperieren.

Dabei liegt unser Hauptaugenmerk – neben der Klimapolitik – auf einer guten gesellschaftlichen Durchmischung und den dafür notwendigen Massnahmen. Es soll keine Quartiere ausschliesslich für Reiche geben und auch keine nur für weniger begüterte Einwohnerinnen und Einwohner. Niemand soll ausgegrenzt oder zurückgelassen werden. Auf dass das Leben in Basel noch diverser und noch bunter werde.

Vision Klybeckplatz

Soziale Kohäsion – was hält unsere Region im Kern zusammen?

Wirtschaftsforum Lörrach 2022: Menschen brauchen Perspektiven, Verlässlichkeit und ein gewisses Mass an Sicherheit. Der soziale Zusammenhalt spielt hierbei eine Schlüsselrolle.

metrobasel

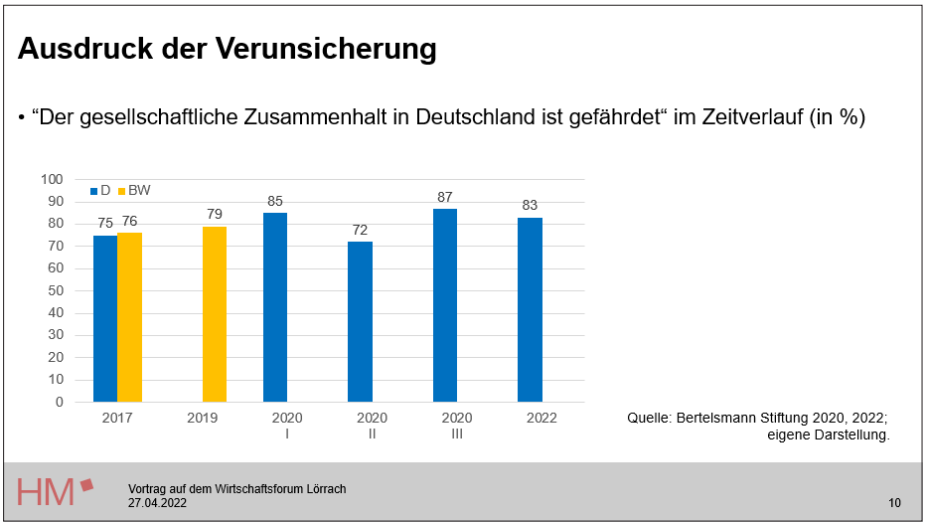
Rainer Liebenow, Direktor und Vorstand der Sparkasse Lörrach-Rheinfelden eröffnete als Gastgeber das Wirtschaftsforum Lörrach. Dabei ging er kurz auf die Fragestellungen des Anlasses ein: Welche Treiber und welche Hemmfaktoren sind für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Region relevant und ist unser Wirtschaftssystem in Gefahr? **Dr. Hans-Peter Wessels**, Präsident von metrobasel, plädierte in seiner anschliessenden Einführungsrede, dass für eine prosperierende Region wie auch für eine lebendige Demokratie der soziale Zusammenhalt und – speziell in der Grenzregion – die gegenseitige Akzeptanz von grosser Bedeutung sei. Die Einsicht, dass es allen nutzt, wenn man zusammenspanne, müsse der Kern des trinationalen Denkens sein.

„Wir leben in stürmischen Zeiten. Viele in unserem Land sind verunsichert. Die Welt (…) scheint aus den Fugen zu geraten. Viele fragen sich: Was ist eigentlich der Kitt, der unsere Gesellschaft im Kern zusammenhält? Und hält dieser Kitt auch für die Zukunft? Andere fragen sich, was es für unsere Sicherheit und unsere Zukunft bedeutet, wenn die Welt unsicherer wird, und wenn unser Land mit dieser Welt so eng verflochten ist.» Mit diesem Ausschnitt aus der Rede von Frank-Walter Steinmeier, welcher dieser unmittelbar nach seiner ersten Wahl zum deutschen Bundespräsidenten am 12. Februar 2017 gehalten hatte, stieg **Professor Andreas M. Wüst**, Politwissenschaftler an der Hochschule München, in seine Ausführungen ein.

«Die vom Bundespräsidenten vor fünf Jahren geäusserten Sorgen spüre ich nach wie vor in unserem Land, und ich nehme sie ernst.» Auch die Ergebnisse der Studie der Bertelsmann Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigten auf, dass die Verunsicherung in der Gesellschaft gross sei. Insbesondere bereite der Wandel in vielen Bereichen oft Sorgen hinsichtlich der ökonomischen und ökologischen Sicherheit. Verstärkt werden diese durch die gleichzeitig zunehmende ethnisch-kulturelle Vielfalt, die instabile Weltordnung wegen des Ukraine-Konflikts und die noch nicht verdaute Corona-Pandemie. Diese verschiedenen Faktoren könnten die innenpolitische Sicherheit destabilisieren. Zudem würden die bisherigen Bewältigungsstrategien in den zunehmenden Krisenzeiten nicht gut funktionieren.

Während der Zusammenhalt im ersten Pandemie-Jahr noch zugenommen habe, seien nun aber wieder mehr und mehr Risse festzustellen. Diese Wandlung sei durch die stetig wachsende wirtschaftliche Unsicherheit verstärkt und von zunehmendem Vertrauensverlust in politische Institutionen begleitet worden. Damit sich die Gräben in der Gesellschaft nicht vertiefen sei nun eine kluge Sozialpolitik dringend notwendig.

In der anschliessenden Diskussion bedauerte **Saskia Schenker**, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, dass oft die Meinung der zufriedenen Mehrheiten in der Politik weniger wahrgenommen würde als extreme Positionen in öffentlichen Debatten. Und diese würden immer lauter geführt. Sie sähe darin die Gefahr einer zunehmenden Polarisierung, dies auch über die Grenzen unserer Region hinweg.



Diese negative Wahrnehmung der Grenzen hat **Jürgen Trefzer**, CEO ARaymond GmbH & Co KG nicht. Er stellt hier eher ein gutes Miteinander fest. Zu grenzüberschreitenden Irritationen käme es seiner Meinung nach eher nach politischen Interventionen aus Berlin, Bern oder Paris.

Jörg Lutz, Oberbürgermeister der Stadt Lörrach, sieht den Hebel für soziale Kohäsion im breiten Gerechtigkeitsgefühl der Gesellschaft. Das Fundament dafür seien Vertrauen, Sicherheit und Verlässlichkeit in politische Institutionen. Deshalb mache er sich stark dafür, hinzuschauen und hinzuhören, wo es Probleme in der Gesellschaft und beim einzelnen Bürger gäbe, um diese angehen zu können. So könnte beispielsweise die Quartiersarbeit gestärkt werden. Von zentraler Bedeutung für ein «Wir-Gefühl» und eine trinationale Identität sei aber auch, dass über die Region hinaus eine «Vision von Europa» entwickelt werden könne.

Ebenfalls zentral ist für **Jürgen Rausch**, Vorstandvorsitzender Sozialer Arbeitskreis (SAK) Lörrach, die Bedeutung des Gleichgewichts in der Gesellschaft. Damit es keinen sozialen Unfrieden gäbe, sei es wichtig, dass jeder wisse: «Wir gehören zur Gesellschaft, wir werden nicht ausgegrenzt». Um diesen Gemeinschaftssinn in der Region zu stärken, wünscht sich **Hans-Peter Wessels**, dass Grenzen fliessend gestaltet seien und man einen gemeinsamen Lebensraum im Alltag schaffe, und zwar über das Arbeiten oder Einkaufen hinaus, beispielsweise auch bei der Bildung oder im kulturellen Bereich.

Einig sind sich die Podiumsteilnehmenden, dass Gemeinsinn und sich Einbringen in die Gesellschaft und auch in die Politik für den Zusammenhalt von grosser Bedeutung seien.

metrobasel

Plattform für die Entwicklung
der Metropolitanregion Basel

Wir eruieren Trends, Treiber und Herausforderungen, welche auf die erfolgreiche Entwicklung der Region Einfluss haben, und erarbeiten zielführende Handlungsempfehlungen für unseren trinationalen Wirtschaftsstandort.

Werden auch Sie Mitglied und setzen Sie sich damit für die prosperierende Entwicklung unserer Region ein: **www.metrobasel.org**

metrobasel Partner 2022

Actelion Pharmaceuticals Ltd. • aprentas • Arnold AG • Bachem Holding AG • BASF Schweiz AG • Basler Verkehrs–Betriebe BVB • Bayer Consumer Care AG • Burckhardt+Partner AG • Bürgerspital Basel • Business Park Reinach • Christoph Merian Stiftung • Donati Vini • Druckerei Dietrich • Endress+Hauser Group • EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg • FHNW Hochschule für Wirtschaft • F. Hoffmann-La Roche Ltd • Fricktal Regio Planungsverband • Gebäudeversicherung BS • Gemeinde Aesch • Gemeinde Allschwil • Gemeinde Arisdorf • Gemeinde Bettingen • Gemeinde Binningen • Gemeinde Blauen • Gemeinde Frick • Gemeinde Grenzach-Wyhlen • Gemeinde Langenbruck • Gemeinde Reinach • Groupe Mutuel • Helvetia Versicherungen • Herzog & de Meuron • IPT Beider Basel • Kantons- und Stadtentwicklung BS • Kraftwerk Birsfelden AG • Konnex GmbH • Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft • Lonza Group Ltd • Merian Iselin Klinik • Mineralquelle Eptingen AG • Novartis Pharma AG • ph plus GmbH • Raiffeisenbank Basel • Raiffeisenbank Leimental • raumplan wirz gmbh • Regio Basiliensis • Stark + Vernetzt • Syngenta • Top Consult & Capital AG • Vereinigung Basler Ökonomen • Vischer AG • VTU Engineering Schweiz AG • VSUD, Vereinigung Schweizer Unternehmen in Deutschland • Wohnstadt Bau- und Verwaltungsgenossenschaft • Wüest Partner AG

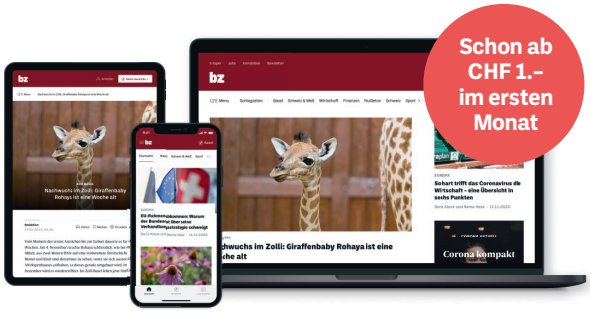
Der Vorstand von metrobasel

Dr. Hans-Peter Wessels, Präsident metrobasel; Regula Ruetz, Direktorin metrobasel; Dr. Melchior Buchs, Gemeindepräsident Reinach; Prof. Dr. Rolf Dornberger, Leiter Institut für Wirtschaftsinformatik FHNW; Jörg Lutz, Oberbürgermeister Stadt Lörrach; Stefan Marbach, Senior Partner Herzog & de Meuron; Lukas Ott, Leiter Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt; Florian Schrenk, Drees & Sommer, Niederlassungsleiter Basel; Samuel Schultze, CEO Burckhardt+Partner AG; Alexandre F. Stotz, Consulting Services Alexandre

Beiräte metrobasel

Dr. Can Ensar, Economiesuisse, Projektleiter allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung; Prof. Dr. Rolf Dornberger, Leiter Institut für Wirtschaftsinformatik FHNW; Prof. Dr. Maarten J.F.M Hoenen, Universität Basel; Prof. Ruedi Hofer, Direktor der Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik; lic. iur. Andrea Knellwolf, F. Hoffmann-La Roche AG; Prof. Dr. Urs Müller, Ökonom, Universität Basel; Andreas Müller, Geschäftsinhaber Politconsulting; Dr. Stephan Mumenthaler, Direktor scienceindustries Switzerland; Lukas Ott, Leiter Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt; Regula Ruetz, Direktorin metrobasel; Prof. Dr. Stefan Schären, Universitätsspital Basel; Samuel Schultze, CEO Burckhardt + Partner AG; Prof. Dr. Theodor K. Sproll, Rektor Duale Hochschule Baden-Württemberg; Bruno Stehrenberger, CEO Basler Verkehrbetriebe; Prof. Christian Tanner, Standortleiter Basel der Hochschule für Wirtschaft FHNW; Dr. Andreas Walker, weiterdenken.ch; Dr. Beat von Wartburg, Direktor Christoph Merian Stiftung

Wirtschaftsinteressiert? Wir auch.



bz

bzbasel.ch

Medizin neu denken

Neue Wege in der Medizin

Bei Novartis gehen wir die grössten medizinischen Herausforderungen unserer Gesellschaft mit wissenschaftlicher Innovation an. Unsere Forscherinnen und Forscher treiben die Wissenschaft voran, um das Verständnis von Krankheiten zu vertiefen und neue Produkte zu entwickeln, die unerfüllte gesundheitliche Bedürfnisse befriedigen. Unsere Leidenschaft gilt der Erforschung neuer Methoden, um das Leben zu verbessern und zu verlängern.

NOVARTIS | Reimagining Medicine